

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,50 M.  
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.  
einjährlich 60 Pf., Postzeitungsges.  
und 72 Pf. Postbefreiungsbefreiung. Auslands-  
abonnements 6.— M. pro Monat; für  
Gehälter mit ermäßigtem Druckschon-  
preis 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“ illustrierte Beilage „Volk  
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,  
„Tatzeit“, „Süß in die Böhmerweil“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einpalt. Kompartiments 50 Pf.  
Reklametexte 3.— M. „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.  
ausdrücklich festgedruckte Worte, jedes  
weiteres Wort 12 Pf. Neben 11 Text-  
stellen für das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Hindenburgstr. 3, wochent-  
täglich von 9½ bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Wahlung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 97 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disz.-Gef., Depositions-, Jerusalemstr. 65-66.

## Selbsthilfe durch Verelendung.

### Das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

In der „Kölnischen Zeitung“ vom Donnerstagmorgen veröffent-  
licht Dr. Herle, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der  
Deutschen Industrie eine Darstellung des Wirtschaftsprogramms, das  
der Reichsverband dem Reichstanzler vor einigen Tagen  
übergeben hat.

Die Ausführungen tragen die Überschrift „Der Weg der  
Selbsthilfe“. Sie gehen davon aus, daß man sich trotz der  
Empfehlungen des Layton-Berichts nicht darüber hinwegtäuschen  
darf, daß Deutschland auf absehbare Zeit doch auf den Weg der  
Selbsthilfe angewiesen sei, und zwar in einem Sinn, der weit über  
das hinausgeht, was die Sachverständigen als „unerwünscht“  
abgelehnt haben. Diese Selbsthilfe müsse unter strikter Anwendung  
des wirtschaftlichen Grundsatzes erfolgen, da dieses erstrebte Ziel mit  
den sparsamsten Mitteln erreicht werden muß.

Was versteht der Reichsverband unter diesen sparsamsten  
Mitteln? Nach dem Rezept, der „Sozialismus“, nicht die Unfähigkeit  
der Unternehmer ist schuld, geht

alle Sparmaßnahme auf Kosten der Massen und des Staates.

Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die „organi-  
sche Umgestaltung der Selbstkosten“ im Sinne einer  
möglichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten und  
einer Anpassung aller Leistungsverträge an das gegenwärtige  
Wirtschaftsvolumen stehen. (Das Programm der Unternehmer gegen  
die Arbeitslosigkeit besteht also nur in Lohnsenkung und  
Unterstützungsabsetzung. — D. Red.) Dieser Grundgedanke ist auf sämt-  
liche Faktoren anzuwenden, auf die öffentliche Hand, die  
Sozialbelastungen, die personellen Produktions-  
kosten (Löhne und Gehälter). Daneben spielen aber auch  
die Kreditkosten eine besondere Rolle und schließlich sind vor allem  
auch noch die Verteilungskosten und die Tarife der kommunalen Ver-  
sorgungsbetriebe zu nennen. (Senkung der Kartellpreise ist  
also überflüssig; begreiflich, daß sie nicht zu einer Selbst-

hilfe der Unternehmer gehören kann. — D. Red.) Auf allen  
Gebieten sind

schnelle Entscheidungen und durchgreifende Entschlüsse

notwendig. Die Belastung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand  
mit Steuern und Abgaben hat eine Höhe erreicht, die nach  
jeder Richtung hin unerträglich geworden ist. Die gegenwärtige  
Steuerlast ruht auf einem derartig zusammengeschrumpften Pro-  
duktions- und Wirtschaftsvolumen (die Unternehmer haben nach dem  
Zulassungsweis größtenteils überhaupt die Steuern nicht bezahlt. —  
D. Red.), daß die Steuerlast für den einzelnen Steuerträger trotz der  
eingetretenen Verringerung des Belastungsumfanges an Steuern  
übermäßig gestiegen ist. Es gibt, wenn ein völliger Zusammenbruch  
der Wirtschaft nach abgewendet werden soll, nur den einen Weg,  
diese Relation zwischen Steuerlast und Wirtschaftsvolumen durch-  
greifend zu ändern und durch eine einschneidende Verringerung  
der Ausgaben und der Aufgaben aller Teile des Ver-  
waltungsapparates mit größter Beschleunigung

den Steuerdruck um mindestens zwei Milliarden zu mildern.

Es wird ferner eine weitere Senkung der persönlichen Lasten  
sowohl in der öffentlichen Hand wie in der Privatwirtschaft gefordert,  
denn die gegenwärtige Lohn- und Gehaltsgröße sei  
noch nicht geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirt-  
schaft gegenüber dem Ausland wieder herzustellen. (Da das Ausland  
bei der Fertigwarenkonkurrenz meist höhere Löhne zahlt, kann hier  
ein offenes Dumping das Ziel sein. — D. Red.) Ferner werden  
schnelle Maßnahmen gefordert, um die kurzfristigen Verbindlich-  
keiten der Gemeinden zu regeln. Es wird nach Wegen gesucht,  
die es der Reichsbahn und der Reichspost ermöglichen,  
der Wirtschaft vermehrte Beiträge zu geben.

Zum Schluß wird gefordert, „ohne parteipolitisch oder sonstwie  
begründete Voreingenommenheit“ diese Vorschläge zu prüfen und  
schnell zu handeln.

## Programm der Industrie.

### Pläne gegen die Arbeiterchaft.

Wenn das alte und so unendlich viel mißbrauchte Wort  
„Volksgemeinschaft“ wiederum auftaucht, wenn von  
der „Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte, ganz gleich,  
in welchem Lager sie stehen mögen“ geredet und der Verzicht  
auf „parteiliche Voreingenommenheit“ gefordert wird, so  
kann man sicher sein: es wird ein neuer Schlag gegen die  
Lebenslage der breiten Volksschichten vorbereitet, es werden  
Waffen für den neuen Machtkampf geschmiedet, und  
man muß auf einen neuen Aufbruch des Klassenkampfes als Pro-  
gramm für die „Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte“  
gefaßt sein. Es wäre ein Wunder, wenn man in der Zeit, in  
der der „Burgfriede“ gepredigt wird, kein solches Programm  
bekommen hätte. Aber siehe: das Programm des Klassenkampfes  
ist schon da. Seine Grundzüge legt in der „Kölnischen Ztg.“  
vom 27. August Herr Dr. Herle, Geschäftsführer des Reichs-  
verbandes der Deutschen Industrie, für seine  
hohen Auftraggeber dar. Aus seinem Aufsatz erfahren wir  
auch, daß der Reichsverband selbst „positive Vorschläge“ aus-  
gearbeitet hat, „die der Regierung zur Kenntnis ge-  
geben sind.“

Herr Herle knüpft seine Ausführungen an den Bericht  
der Baseler Kommission (Layton-Bericht) an. Das  
ist für ihn das Mittel, den Kern des von ihm vertretenen  
Programms nicht in klarer Formulierung darzulegen, sondern  
durch eine Umschreibung anzudeuten. Man muß deshalb das  
Baseler Gutachten in die Hand nehmen, um diesen Kern-  
gedanken des Programms richtig erfassen zu können. Herle  
äußert sich folgendermaßen:

„In bezug auf die theoretisch notwendige und praktisch den-  
kbare Steigerung der Einfuhr sowie Beschränkung der Einfuhr  
bringen die Sachverständigen zum Ausdruck, daß sie es „im all-  
gemeinen Interesse für höchst unerwünscht erachten, daß Deutschland  
gezwungen würde, eine derart scharfe Lösung zu wählen.“

Dazu bemerkt Herr Herle, „daß Deutschland auf absehbare  
Zeit doch auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen ist und  
zwar in einem Sinn, der weit über das hinausgeht,  
was die Sachverständigen als „unerwünscht“ abgelehnt haben.  
Wir erlauben uns, diese schamhafte Umschreibung zu ver-  
deutlichen.“

Was haben die Sachverständigen als „unerwünscht“ ab-  
gelehnt? Eine „Herunterdrückung und Forcierung der Aus-  
fuhr“, die dazu führen sollen, daß die deutsche Einfuhr bei-  
nahe die doppelte Höhe der deutschen Einfuhr erreicht.  
Die Sachverständigen betrachten eine solche Politik als eine  
theoretische Möglichkeit die kurzfristigen Schulden zu erlösen,  
nicht aber als ein Mittel, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten  
Deutschlands zu beheben. Sie sagen vielmehr: „Eine Aus-  
fuhr in beinahe der doppelten Höhe der Einfuhr — wenn sie  
tatsächlich durchführbar wäre — würde eine ernste  
Störung seines (d. h. Deutschlands) Wirtschaftslebens mit  
sich bringen.“ Und weiter: „Derartige Maßnahmen führten  
zu weiterer Verarmung und hoher Arbeits-  
losigkeit, bedingt durch Einschränkung des Kredits.“  
Dadurch werde zweifellos auch die Weltdepression verschärft.  
Wenn diese, wie zu befürchten sei, dazu führe, daß die anderen  
Länder zu Gegenmaßnahmen schritten, um ihre  
Märkte zu schützen, so werde das Handelsvolumen noch weiter  
herabgedrückt.

Das halten die Sachverständigen für „höchst uner-  
wünscht“, und Herr Herle meint, daß wir noch viel weiter  
gehen müssen, daß also unsere Einfuhr noch um mehr als das  
Doppelte unserer Einfuhr übersteigen soll. Und dieses Pro-  
gramm, dessen Verwirklichung nach dem Baseler Bericht zu  
einer ersten Störung des deutschen Wirtschaftslebens, zu  
weiterer Verarmung und hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland  
und dadurch zur Verschärfung der Weltdepression und weite-  
rer Zusammenschrumpfung des Welthandels führen muß,  
soll ein Programm der Befundung der deutschen Wirt-  
schaft sein?

Mit keinem Wort bestreitet Herle die Richtigkeit der von  
uns zitierten Schlussfolgerungen des Baseler Berichts. Er ver-  
meidet nur, ausdrücklich zu sagen, was der Bericht unter  
„einer derart scharfen Lösung“ versteht. Man vermißt bei  
ihm auch jede Spur eines Beweises dafür, daß eine  
solche Lösung wirklich notwendig ist, und daß dieser Weg der  
weiteren Verarmung und der Arbeitslosigkeit zur Besserung  
führen kann. Herr Herle meint aber, daß dieser Weg not-  
wendig sei, „nicht nur aus reparationspolitischen und kredit-  
politischen Gesichtspunkten, sondern vor allem auch aus  
dem Zwang heraus, die Wirtschaft vor einem weiteren  
Zusammenbruch zu retten.“ Und er bezeichnet

## Manifest der Labour-Party.

### Scharfe Sprache gegen die Regierung.

London, 27. August. (Eigenbericht.)

Die Organisationen der englischen Arbeiterbewegung haben am  
Donnerstag ihren Feldzug gegen die Sparpolitik der  
Konzentrationsregierung offiziell eröffnet. In einem  
Manifest an das englische Volk, das sofort der Öffent-  
lichkeit übergeben wurde, heißt es, die neue Regierung müsse mit  
größter Entschiedenheit bekämpft werden.

Im einzelnen wird u. a. ausgeführt: Die Arbeiterbewegung  
lehne jede Verantwortung für die Koalitionsregierung ab. Die  
Regierung suche die ganze nationale Politik vollkommen zu ändern,  
nicht weil die Hitzquellen der Nation plötzlich abgenommen hätten  
oder weil die Nation nicht mehr imstande sei, für ihre Arbeitslosen  
zu sorgen, oder weil das Budget nicht ausgeglichen werden könne,  
sondern in der Hauptsache

weil finanzielle Interessenkreise der Meinung seien, England  
gebe anderen Ländern ein schlechtes Beispiel, indem es die  
Reichen besteuere, um für die Bedürfnisse der Armen zu sorgen.

Dies sei eine völlige Umkehr der bisherigen nationalen Politik.

Zur Rechtfertigung der geplanten Abstriche in der sozialen Für-  
sorge werde auf eine finanzielle Krise hingedeutet, die in

Wahrheit vorwiegend durch sensationelle Meldungen in Teilen der  
Presse und durch einen ausgedehnten Feldzug verschlimmert  
worden sei und im Ausland den falschen Eindruck erweckt habe,  
Großbritannien stehe vor dem Bankrott.

Diese Darstellung sei aber vollkommen unrichtig. Im Ausland seien  
vier Milliarden Pfund britisches Kapital angelegt. Großbritannien  
sei noch immer eines der größten Gläubigerländer und sein Kapital  
noch immer im Wachsen. Die Steuerfähigkeit des Landes sei  
noch nicht erschöpft. Wenn der gute Wille vorhanden wäre,  
so würde England imstande sein, die nächsten Schwierigkeiten durch  
Mobilisierung der ausländischen Guthaben des Landes zu über-  
winden, ferner durch eine zeitweilige Suspendierung  
des Schuldentilgungsfonds, durch Besteuerung von Wert-  
papieren mit festem Zinssatz und anderem Renteneinkommen und  
durch Konzentrationmaßnahmen zur Verminderung der Kriegs-  
schulden.

Die Vorschläge, die Ersparnisse auf Kosten der Armen bezwecken,

seien nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich und ungesund.  
Sie würden nur die Arbeitslosigkeit vergrößern und  
eine Hauptursache der Krise durch Verminderung der Kauf-  
kraft der Massen verschlimmern. Eine Verminderung der Löhne  
und Gehälter der Staats- und Gemeindeangestellten würde zu Ver-  
suchen führen, ähnliche Abstriche in der ganzen Industrie  
vorzunehmen, was nur zu erbitterten Konflikten und in-  
dustriellem Chaos führen könnte. Großbritannien, dessen Sozial-  
standard und dessen soziale Fürsorge viel zur Erhöhung des Stan-  
dards in der ganzen Welt beigetragen hätte, solle jetzt die

Führung bei einem Prozeß der Herabdrückung des Standards  
in der ganzen Welt

übernehmen. Nur der tätige Widerstand der Arbeiterbewe-  
gung könne ein solches Unglück verhindern. Die jetzige Krise sei in  
der Hauptsache Teil einer größeren Krise. Das Eintreten der  
Arbeiterbewegung für nationalen Wiederaufbau und  
internationale Zusammenarbeit, einschließlich einer  
erneuten Erwägung des Problems der Schulden und Reparationen  
sei die einzige Grundlage zur Wiederherstellung des Kredits und der  
Wohlfahrt der Welt.

Das Manifest schließt mit einem Appell an das englische Volk:  
„Alle Männer und Frauen, die guten Willens sind, müssen sich mit  
aller Kraft gegen die neue Regierung stellen und der Arbeiter-  
partei zu Hilfe kommen in ihrem Kampf der wahrhaft nationalen  
Interessen und in ihrer Aufbauarbeit für eine bessere  
soziale Ordnung.“

Zum Schluß appelliert das Manifest an das Volk, eine ge-  
schlossene Front gegen die neue Regierung zu bilden und sich um  
die Arbeiterbewegung zu scharen.

Ferner wurde heute von den oben genannten Körperschaften eine  
Entschließung angenommen, in der die leitenden Ausschüsse der  
Arbeiterbewegung aufgefordert werden, sofort Schritte zu tun, um  
Vorbereitungen für die Neuwahlen zu treffen.

Von den liberalen Abgeordneten des Unterhauses  
dürfte übrigens ebenfalls nur ein Teil für die Kon-  
zentrationen stimmen. Von den Labour-Abgeordneten  
werden der Konzentrationsregierung wahrscheinlich nicht mehr als  
20 folgen.



die von ihm empfohlenen Maßnahmen als solche, die bis zum letzten den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Vernunft Rechnung tragen.

Brauchen wir noch zu sagen, daß in dem Programm, dessen Grundzüge Herr Herle mitteilt, unter der schönen Bezeichnung „die organische Umgestaltung der Selbstkosten“ solche Sachen wie der Abbau der Löhne und Gehälter, die Milderung — „mit größter Beschleunigung“ — des Steuerdruckes um mindestens zwei Milliarden gefordert werden? Selbstverständlich muß eine solche „organische Umgestaltung der Selbstkosten“ im Mittelpunkt des „Selbsthilfeprogramms“ stehen! Herr Herle will dieses Programm dadurch schmählicher machen, daß er erklärt: „Selbstverständlich müssen auch die großen und mittleren Einkommen eine entsprechende Entlastung erfahren“. Und er teilt uns mit: „Hier ist übrigens, was in der Deffentlichkeit vielfach nicht gewürdigt wird, schon auf dem Weg freiwilliger Verzichte sehr viel geschehen, so daß die Privatwirtschaft in diesem Punkt die Kritik der Deffentlichkeit nicht zu scheuen braucht.“

Wie kann aber die Deffentlichkeit die Laten, die sie nicht kennt, würdigen? Wahrscheinlich bewegen sich die Bezüge von Herrn Herle und seinen Freunden etwa auf der Höhe der durchschnittlichen Unterstützungssätze für die Erwerbslosen, wir haben aber davon bis jetzt nichts erfahren und konnten deshalb nicht unserer Bewunderung für solche großzügigen Verzichte Ausdruck geben. Hoffentlich wird uns diese Gelegenheit bald geboten. Es wäre aber schon sehr erfreulich, wenn in den „positiven Vorschlägen“ des Reichsverbandes die Höchstgrenze für die persönlichen Einkommen in der Privatwirtschaft auf sagen wir 30 000 M. jährlich festgesetzt würde.

Wenn man Auslassungen wie die von Herrn Herle wirklich ohne jede Voreingenommenheit liest so kann man nur ein Gefühl haben: es lohnt sich nicht, sich mit solchen lächerlichen Dingen zu befassen. Nun muß man leider aber solche Auslassungen ernst nehmen, da sie zwar mit der „wirtschaftlichen Vernunft“ gar nichts zu tun haben, sehr viel aber mit dem Willen der mächtigen wirtschaftlichen Gruppen. Jetzt, da das Schlagwort von der „nationalen Selbsthilfe“ auf viele Wirrköpfe einen starken Eindruck macht, beeilen sich diese Gruppen, unter der Führung der schwerindustriellen Scharfmacher, ihre Wünsche in die Form eines „Selbsthilfeprogramms“ zu kleiden.

Der Vayton-Bericht ist natürlich nur ein Vorwand. Enthält doch dieser Bericht selbst die schärfste Kritik der Politik, die von Herrn Herle als unbedingt notwendig direkt empfohlen wird. Die logische Folgerung aus dem Vayton-Bericht müßte — namentlich wenn man sich auf wirtschaftliche Vernunft beruft — die sein, daß man vor allem prüft, wie man den wirtschaftlichen Wahnsinn der angeblichen Selbsthilfe am wirksamsten bekämpfen und die Lösung, die der Bericht als „höchst unerwünscht“ betrachtet, vermeiden kann.

Das scheint aber der Reichsverband der Deutschen Industrie, wenn Herr Herle seine Ansichten richtig wiedergibt, nicht zu wollen. Man will sofort den Weg der drastischsten Drosselung der Einfuhr und der Ueberschüttung des Weltmarktes mit Schleuderausfuhr gehen, trotzdem dieser Weg jede Möglichkeit einer vom Deutschen wie vom internationalen Standpunkt vernünftigen Lösung versperren muß.

Wenn dieser Weg gegangen und dadurch faktisch der Handelskrieg der ganzen Welt erklärt wird, dann werden nach sechs Monaten die kurzfristigen Gelder aus Deutschland sicher abgezogen, dann wird Deutschland keine Kredite für seinen Außenhandel bekommen, dann wird es zu einer unvorstellbaren Zusammenschumpfung seiner Produktion gezwungen, und es werden in der allerschlechtesten Form alle die Folgen eintreten, auf die der Vayton-Bericht hingewiesen hat. Glauben die Herren, daß sich die deutsche Arbeiterklasse eine solche Entwicklung widerstandslos gefallen lassen wird? Begreifen sie nicht, welche politischen Stürme ihre von blindem Klassenhaß diktierten Pläne auslösen müssen?

## Schiele schützt die Dividende.

Nahrungsmittelverfälschung zugunsten der Stärkefabriken.

Herr Schiele, der Minister für die Ernährung der Landwirtschaft, hat die Kartoffelstärkeindustrie besonders in sein Herz geschlossen. Diese herrlichen Gefühle stammen wohl noch aus der Zeit, da er enge Beziehungen zur Stärkefabrik Scholten in Brandenburg pflegte. Seine Fürsorge ist jetzt wieder besonders aktiv, da es heißt, schon vor der kommenden Ernte der Kartoffelstärkeindustrie einen ausreichenden Absatz zu sichern, um sie in die Lage zu versetzen, hohe Kartoffelpreise und gute Dividenden zu zahlen.

Da der natürliche Absatz für Kartoffelstärke immer geringer wird, mußte mit gesetzlichen Mitteln das Absatzfeld vergrößert werden. Die Freigabe der Beimischung von Kartoffelstärke zu Weizenmehl im Brotgesetz hat aber bei den Bäckern keine große Gegenliebe gefunden; der Absatz an Kartoffelstärke für diese Zwecke blieb gering. Um nun einen größeren Absatz zu erzwingen, soll das Kartoffelstärkemehl und zwar zu 5 Proz. schon in den Mühlen dem Weizenmehl zugesetzt werden. Durch den Vermahlungszwang, der nur eine Beimischung von 3 Proz. hochwertigem Auslandsmehl zu deutschem Mehl zuläßt, wird das Weißbrot in Deutschland an sich schon ver schlechert, wovon sich leicht alle Leute überzeugen können, die auf Reisen im Ausland die Qualität des deutschen mit der des ausländischen Weißbrotes zu vergleichen in der Lage sind.

Wird jetzt zu dem Weizenmehl, das zu 97 Proz. aus dem stärkereichen und kieberarmen deutschen Weizen hergestellt werden muß, auch noch Kartoffelstärkemehl zugesetzt, dann wird die Qualität des Weißbrotes noch mehr verschlechtert und der Konsum, der an sich schon infolge der Verarmung der breiten Massen immer geringer wird, wird noch weiter zurückgehen.

Was kümmert das aber Herrn Schiele? Für ihn scheint die Hauptfrage zu sein, daß die landwirtschaftlichen Kartoffelstärkefabriken von ihren angeammelten außerordentlich hohen Vorräten, die sehr stark beliehen sind, herunterkommen und damit ihre Kredite zurückzahlen können. Ob die Verbraucher gezwungen werden, ein Brot zu essen, dessen Herstellung nach den Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes eine Nahrungsmittelverfälschung darstellt, ist angesichts des hohen Zweckes, nämlich die Dividenden der Stärkefabriken zu schützen, völlig gleichgültig.

# Notverordnung in Bayern.

## Einseitige Belastungen der städtischen Massen.

München, 27. August. (Eigenbericht.)

Die geschäftsführende Regierung Heib hat ihre angekündigte Notverordnung zum Ausgleich des Haushalts erlassen, wobei sie in einer halbamtlichen Mitteilung besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß diese Notverordnung kraft eigenen Landesrechts (§ 64 der bayerischen Verfassung) geschaffen wurde.

Zur Beseitigung des 28,6 Millionen-Defizits im ordentlichen Haushalt werden elf Millionen neue Steuern und 17,6 Millionen Einsparungen angeordnet. Die befohlenen neuen Einnahmen bestehen in einer Verdoppelung der Schlachtsteuer, die nur von dem Fleischergewerbe zu tragen ist und nicht auf die Verbraucher abgewälzt werden darf, so wie in einer sogenannten Wohlfahrtsabgabe, die in einem Prozent der Jahresfriedensanteile von jedem Mieter zu zahlen ist. Die Einnahme aus der Wohlfahrtsabgabe ist auf rund 4 Millionen berechnet. Sie soll ausschließlich den mit Wohlfahrtsarbeiterwerblosen überlasteten Gemeinden zusteigen. Die Einsparungen werden durch eine weitere fünfprozentige Kürzung der Gehälter jener Beamten und Angestellten gemommen, die ledig oder kinderlos verheiratet sind, wodurch für die Staatskasse ein Plus von sieben Millionen erreicht werden soll.

Die Gemeinden werden angewiesen, im gleichen Sinne zu verfahren. Unter diese Kürzungen fallen auch die Gehälter der Geistlichen der katholischen und protestantischen Kirche, die in Bayern als Ergänzungseinkommen vom Staat bezahlt werden. Weitere Einsparungen werden erzielt durch eine halbjährliche Anstellungs-, Beförderungs- und Versorgungsperre bei den Beamten und durch Personalabbau bei höheren Lehranstalten und Volksschulen. Dieser Abbau wird dadurch erreicht, daß die Pflichtstunden der Lehrkräfte in den Mittelschulen um drei Wochenstunden erhöht werden und die durchschnittliche Schülerzahl in den Volksschulen auf 50 festgesetzt wird. Dazu kommt schließlich noch eine 50proz. Kürzung der Sachbezüge der Beamten, der Zulagen der Ministerialbeamten, des Aufwands für Dienstreisen und der Befall der Entschädigung für getrennte Haushaltsführung.

In ihrer Auswirkung belastet die Notverordnung im wesentlichen die städtische Bevölkerung, während besonders die landwirtschaftliche Bevölkerung von den neuen Lasten so gut wie nichts verspüren wird. Sie wird kaum getroffen von den neuen Steuern und erst recht nicht von den Einsparungen. Diese Bevorzugung des ländlichen Landes aus parteipolitischen Gründen gehört seit jeher zur Regierungsweise des Kabinetts Heib, das es für sozial gerecht empfindet, wenn der Bauer grundsätzlich von jeder Hauszinssteuer befreit ist, während der kleinste Mieter in der Stadt jetzt auch noch mit der Wohlfahrtsabgabe belastet wird. In ihrer Gesamtheit ist die bayerische Notverordnung geeignet, in weiten Volksschichten neue Erbitterung hervorzurufen.

## Antwort nach Tuntenhäusen.

Die Schwaben machen den Heib-Kurs nicht mit.

Die neueste Leistung des — aus Hessen stammenden bayerischen Ministerpräsidenten, der in dem historisch gewordenen Tuntenhäusen wieder einmal die „Mainlinie“ gegen Preußen

aufzeigte, hat im übrigen Süddeutschland ein Echo gefunden, das der Sprecher von Tuntenhäusen kaum erwartet haben dürfte.

In dem nationalliberalen „Schwäbischen Merkur“, der in Stuttgart das Sprachrohr politisch nicht unwichtiger Kreise ist, wird dem „bayerischen Löwen“ eine glatte Abgabe erteilt:

Wie furchtbar sich so etwas anhört! Norddeutsche! Als ob in der Reichsregierung seit 1918 nicht ebensowohl, zeitweise mehr Süddeutsche, und nicht zu knapp Bayern, gefessen hätten! Zudem will ja der derzeitige Plan gerade nicht darüber bestimmen, was mit dem mimosenhaften Leu von München geschieht, sondern bloß, wie der Norden neu organisiert wird. Aber, der bayerische Staatspräsident droht: Wenn heute die Reichsreform im Sinn der Einheitsföderation gemacht werde, werde sofort die Mainlinie aufgerissen! Mit Verlaub, ihr bayerischen Herrn — man denkt in Württemberg und in Baden und Hessen über die Reichsreform doch bei allen Wütungen im einzelnen erheblich anders als bei der bayerischen Volkspartei in München, und es möchte sein, daß Dr. Heib eine schwere Enttäuschung erlebte, wenn er in seinem Glauben an die Mainlinie zum heiligen Krieg für den bayerischen Partikularismus aufrief! Damit ist vorbei! Und wenn er es als bellagenswertes Folge der Zentralisation der Finanzverwaltung, die er besonders bekämpft, hinstellt, daß unsere außenpolitischen Kontrahenten nicht mehr mit einer ganzen Anzahl von Ländern einzeln verhandeln müssen, so möchten wir ihm da schon gar nicht mehr folgen. Es macht auch keinen besonderen Eindruck, wenn gerade Bayern leidet, da es finanziell nicht mehr aus und ein weiß, sich so sehr als Opfer der Zentralisation bejammert. Bayerns Finanzen sind in schlechtem Stand gewesen schon in den Jahren, da andere Länder noch recht fest standen; die bayerische Regierung war nicht instande, ihre eigenen Vorschläge auf Verwaltungsvereinfachung durchzuführen oder sonst, sei es durch Ausschöpfung der ihr noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen oder durch Spararbeit ihren Haushalt in stand zu halten. Unsere wirtschaftliche Lage wird eine Reform des Reichs erzwingen; und sie wird auch in einer Weise möglich sein, daß gar keine Rede davon ist, daß die süddeutschen Staaten sich dem alten bayerischen Partikularismus anschließen werden. Daß die Bayern deswegen keine Preußen und die Preußen keine Bayern werden müssen, ach, dafür hat die Natur schon viel stärker gesorgt als das je Verwaltungsänderungen tun können.

## Finanzminister der Länder beraten.

Die besondere Notlage Sachsens.

Am Mittwoch hat zwischen den Finanzministern der größeren Länder eine Besprechung im preussischen Finanzministerium stattgefunden, der sich in den späten Abendstunden eine Besprechung im Reichsfinanzministerium anschloß.

Der sächsische Ministerpräsident Schied hat hierbei die besondere Notlage Sachsens, die durch die weit über den Reichsdurchschnitt gelegene Wohlfahrtsarbeiterverlosigkeit hervorgerufen ist, dargelegt und betont, daß Sachsen schnellste Hilfe gebracht werden müßte.

## Hugenberg bei Brüning.

Der vielbesprochene „Empfang“.

Hugenberg hat am Donnerstag dem Reichskanzler den langangekündigten Besuch abgestattet. Die Behauptung seiner Pressestelle, daß der Empfang „weder auf einen direkten noch auf einen indirekten Wunsch“ Hugenberg's zurückzuführen sei, widerspricht den Tatsachen in jeder Beziehung. Hugenberg's Empfang bei Brüning ist auf eine Initiative des Reichspräsidenten zurückzuführen, und diese Initiative wiederum beruhte auf einem Wunsch Hugenberg's.

Hugenberg erschien bei Brüning in Begleitung des Herrn Quaaß. Außer Hugenberg und Quaaß war der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Prälat Kaas, bei der Besprechung mit dem Reichskanzler zugegen.

Eine offizielle Verlautbarung ist über den Verlauf und den Ausgang der Besprechung nicht herausgegeben worden. Man begnügte sich mit der halbamtlichen Feststellung, daß die Besprechung mehr als zwei Stunden gedauert hat, die deutschnationalen Vertreter ihre politischen Absichten dargelegt haben und der Reichskanzler seine Politik in aller Offenheit umschrieben hat. Das ist eine sehr magere Darstellung, aber sie soll, wie es zuverlässig heißt, nicht magerer sein als der ganze Verlauf und der Ausgang der Besprechung.

## Um die Einberufung des Landtags.

Die Volkenscheidfront wieder geschlossen.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtags ist zum kommenden Dienstag einberufen worden. Er soll über die Anträge der faschistisch-kommunistischen Front, zu dem sich inzwischen noch ein Antrag der Landvolk-Partei auf sofortige Einberufung des Landtages gestellt hat, entscheiden.

Die Regierungsparteien werden die Anträge unter Bezugnahme auf § 17 der preussischen Verfassung ablehnen, so daß mit einer sofortigen Einberufung des preussischen Parlaments nicht zu rechnen ist. Der betreffende Paragraph der Verfassung lautet wörtlich: „Der Landtag bestimmt den Schluß der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts.“ Dem hat das preussische Parlament bei seiner Vertagung im Juli entsprochen, indem es den Termin seines Wiederzusammentritts auf den 13. Oktober festsetzte. Dieser Mehrheitsbeschluß kann nur von der Mehrheit des Landtags bzw. der Mehrheit des Ältestenrats und nicht von einem Fünftel der Abgeordneten geändert werden.

Die Deutschnationalen beabsichtigen für den Fall, daß die Anträge der faschistisch-kommunistischen Front abgelehnt werden, einen Mißtrauensantrag gegen den preussischen Finanzminister einzubringen. Ein derartiger Antrag muß nach der Verfassung innerhalb 14 Tagen erlabigt werden.

## Kabinettsberatung über Genf.

Referat des Außenministers.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die etwa eine Stunde dauerte, wurde ein Bericht des Reichsaußenministers über die bevorstehende Genfer Tagung entgegengenommen und eingehend die verschiedenen Fragen, die von dem Europa-Ausschuß, dem Völkerbundrat und der Völkerversammlung des Völkerbundes verhandelt werden, erörtert.

## Sonderbarer Vertreter in Genf.

Der Völkerbundsfeind als Völkerbundsdelegierter.

Die lesen im „Sozialdemokratischen Presseblatt“:

Die Wege des Auswärtigen Amtes sind sonderbar. Nachdem es oben erst mit einiger Mühe gelungen ist, das Amt von der sonderbaren Idee abzubringen, zu der Völkerbundsdelegation, von der in diesem Jahre die Parlamentarier ausgeschlossen sind, zwei frühere Abgeordnete der Rechtsparlei hinzuzuziehen, vernimmt man jetzt, daß der deutschen Delegation u. a. auch Professor Wendelsohn-Bartholdy angehören soll.

Professor Wendelsohn-Bartholdy ist Leiter des Hamburgischen Instituts für auswärtige Politik und gleichzeitig Herausgeber der Monatschrift „Europäische Gespräche“. Das Feld, auf dem er sich betätigt, ist im wesentlichen die politische Geschichte der neuesten Zeit. Daß er auf diesem Gebiete irgendwie hervorragendes geleistet hätte, ist nicht bekannt geworden. Aber im Dezember 1930 schrieb Herr Wendelsohn in den „Europäischen Gesprächen“ einen Artikel unter der Ueberschrift: „Soll Deutschland kündigen?“ Den Schluß dieses Aufsatzes geben wir wörtlich wieder:

„Anderm ich das alles hinschreibe, Staatsräson über Staatsräson, werde ich immer deutlicher gewahr, daß ich nicht nur ein politisches Stückchen Staat, sondern ein Mensch in einem Volke bin; daß ich nicht nur der Vernunft, sondern auch dem Gewissen zu folgen habe. Der Mensch im Volk aber sagt: Wir ertragen den Zwiespalt, die Unwahrhaftigkeit, den falschen Schein nicht mehr. Wir wollen in die Welt hinein, als ehrliche Arbeiter am gemeinsamen Wohl. Dazu müssen wir aber zuerst die volle Ehrlichkeit uns selbst gegenüber haben. Wir müssen fort von Genf.“

Jetzt geht der Herr Professor auf Aufforderung des Auswärtigen Amtes hin nach Genf. Wie er die Zugehörigkeit zur deutschen Delegation mit keinem Aufruf zum Austritt aus dem Völkerbund vereinbaren kann, muß er mit sich selber abmachen. Aber welches mögen die Erwägungen sein, die das Auswärtige Amt bestimmen haben, gerade ihn der deutschen Vertretung anzuschließen? Woller der Minister Curtius und der Staatssekretär von Bülow, die doch in erster Linie für die Verzung dieses Delegationsmitgliedeverantwortlich sind, dem Zustand mit Professor Wendelsohn-Bartholdy drohen oder geben sie sich etwa der Hoffnung hin, daß er durch den Aufenthalt in Genf zu einer Revision seiner Ansichten bestimmt werden könnte?

Wir hätten gern eine Antwort auf diese Frage. Aber auf jeden Fall ist das Auswärtige Amt ein höchst seltsames Institut!

Erpressung unterm Hafentanz. Der Seherleuf hat vor einigen Tagen im „Vorwärts“ einer preussischen Polizeibehörde einen besonders üblen Streich gespielt. Wir brachten am Dienstag unter der Spitzmarke „Erpressung unterm Hafentanz“ eine „parteiliche Mitteilung“ des „Adjutanten“ der Hitler-Partei aus der „Thehoer Tageszeitung“, in der offen zum Boykott eines Drogisten aufgefordert wurde, der einem bei ihm beschäftigten SA-Mann die Stellung gekündigt hatte. Darauf äußert ein Leser brieflich seine Entrüstung über die — Polizei von Thehoe, die so unverdächtige Aufforderungen loslasse. Durch diesen Brief wurden wir erst nachträglich darauf aufmerksam gemacht, daß der Seherleuf fälschlich die „parteiliche“ in eine „polizeiliche“ Mitteilung umgebogen hatte. Die Mehrzahl der Leser wird den deutlich erkennbaren Druckfehler zwar schon als solchen erkannt haben, aber da man vor Begendenbildungen nicht sicher ist, sei auf jeden Fall hier nachgetragen, daß die Polizei in Thehoe die Aufforderung „SA-Mann herholen!“ wirklich nicht veröffentlicht hat.



# Wie lange noch Brotwucher?

## Nachprüfung der Bäckerpreise. — Wässeriges Brot.

Der Brotpreis ist von den Berliner Bäckern mit Wirkung ab Montag dieser Woche um einen Pfennig auf 48 Pfennig erhöht worden. Eine Brotpreiserhöhung zu einer Zeit, da alle Löhne, Gehälter und Unterstützungssätze brutal abgebaut werden, ist schon an sich ein Skandal. Der Reichsernährungsminister hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die Marktforschungsstelle mit der Nachprüfung der Berliner Brotpreislage zu beauftragen.

Was aber diesen Skandal noch ärger erscheinen läßt, ist die Tatsache, die erst jetzt bekannt wird, daß die Berliner Bäckerinnung ihren Mitgliedern außer dem Beschluß der Brotpreiserhöhung empfohlen hat, die Teigeinlage für ein gewöhnliches 2½-Pfund-Brot um 20 Gramm zu vermindern. Selbstverständlich muß jedes Brot, das zum Verkauf kommt, das vor-

geschriebene Gewicht von 1250 Gramm aufweisen, will der betreffende Bäcker nicht mit den Behörden in Konflikt kommen. Was macht man also? Man bäckt das Brot einfach nicht so weit aus wie früher, so daß das zum Verkauf kommende Brot einen höheren Wassergehalt als vorher aufweist. Zu der Preiserhöhung soll also noch eine skandalöse Qualitätsminderung des Brotes kommen, damit die Konsumenten nicht merken, wie sie geschädigt werden. Die beschwichtigende Mitteilung der Bäcker, daß das Brot früher in vielen Fällen ein Uebergewicht gehabt hätte, so daß die Minderung der Teigeinlage nur vorgenommen würde, um das „richtige“ Gewicht zu erreichen, braucht man wohl nicht ernst zu nehmen. Die Bevölkerung Berlins darf aber erwarten, daß dem Skandal um den Brotpreis ein Ende gemacht wird.

# Mann mit zwei Gesichtern.

## Das Verfahren gegen Kriminalkommissar Dubral.

Gestern wurde der verhasste Kriminalkommissar Dubral von der Polizeispektion Kreuzberg zum ersten Male von dem Kriminalrat Galsow eingehend vernommen. Wenn auch Dubral noch kein umfassendes Geständnis abgelegt hat, so ist doch schon jetzt klar, daß ein großer Teil der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zutrifft.

Dubral, der von seiner Frau seit längerer Zeit getrennt lebt, hatte einen Kreis von Freunden und Freundinnen um sich, der ihm viel Geld kostete. Zum Teil sind die Verfehlungen des Kriminalkommissars auf diesen Verkehrskreis zurückzuführen, bei dem es sich fast nur um vorbestrafte Personen handelt. Erfreulicherweise hat sich die Vermutung, daß Dubral unter der Beamtenherrschaft irgendwelche Helfershelfer hat, bisher nicht bestätigt. Hier unbedingt Klarheit zu schaffen, ist mit einer der Hauptaufgaben, die sich die untersuchende Behörde gestellt hat. Nach den bisherigen Ermittlungen spricht alles dafür, daß Dubral ein Doppelleben geführt hat. Im Büro war er der korrekte Beamte, draußen in den Geschäften, in denen er auf Kredit Waren bezog, und in den Lokalen, in denen er mit seinen zahlreichen Freundinnen und Freunden hohe Zechen machte, kam der andere Dubral zum Durchbruch.

Der Kommissar hat sich bei dem Prozeß gegen einen Spielklub im Westen eines Falsheldes schuldig gemacht. Dubral, damals Kron-

zeuge der Staatsanwaltschaft, hatte in der ersten Instanz die angeklagten Klubmitglieder außerordentlich belastet. Vor der zweiten Verhandlung hatte er sich mit dem Vorstand des Klubs in Verbindung gesetzt und diesem gesagt, daß er gegen eine Vergütung seine Aussage berichtigen würde. Hierauf hatte sich der Klub nicht eingelassen, sondern er brachte vielmehr den Vorfall zur Kenntnis der zuständigen Amtsstelle.

Die Ermittlungen der Polizei werden mehrere Tage in Anspruch nehmen. Man schätzt die Gelder, die sich Dubral im Laufe der Zeit auf widerrechtlichem Wege verschafft hat, auf mehr als 50 000 Mk. Unter anderem hatte er ein Auto auf Kredit gekauft, ohne im Besitz der dazu nötigen Mittel zu sein. Erst jüngst wollte er zusammen mit zwei seiner Freunde einen sehr prächtigen Belz erwerben, und der Belzhändler verdankte es nur seiner Vorsicht, daß aus diesem üblen Geschäft nichts wurde.

Bei seiner vorgelegten Behörde wurde der Verdacht, daß bei Dubral nicht alles mit rechten Dingen zugehe, dadurch geweckt, daß sein Gehalt mehrfach gesplänndet wurde. Für eine kurze Zeit gelang es Dubral, diese unangenehme Tatsache zu verdecken. Als ihm dann klar wurde, daß sein Spiel verloren war, suchte er sein Heil in der Flucht, die ihm mißlang.

Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit werden fortgesetzt. Wie wir hören, hat sich der Kaufmann Rap, von dem es hieß, er sei der Ueberfallene, selbst gemeldet. Er gibt an, daß er weder überfallen noch beraubt worden sei. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

## „Do X“ in New York gelandet.

New York, 27. August.

Das Flugschiff Do X, das heute mittag kurz nach 14 Uhr (MEZ.) in New York mit 30 Passagieren an Bord gestartet war, ist hier kurz nach 17.30 Uhr (MEZ.) auf das Wasser niedergelassen.

Sämtliche im Hafen liegende Schiffe begrüßten die „Do X“ mit obrendetäubendem Sirenengetöse. Die begeisterte Menge grüßte das deutsche Flugschiff durch Lucherschwänken.

„Welche Ueberraschung! . . . Liebe Wilma, gestatte, daß ich dir meinen Schwager Manfred Grumacher vorstelle . . . Fräulein Kosoff!“ Er deutet auf Wilma. Verdammte, jetzt habe ich sie öffentlich gebüßt, fällt ihm ein, und noch dazu vor Franzes Bruder. Er grüßt Frau Caspari, deren Anwesenheit ihm ein Rätsel ist und schüttelt verlegen und viel zu lange dem ihm gänzlich unbekanntem Max Caspari die Hand. Max Caspari murmelt dazu mehrere Male seinen Namen. Es ist eine Situation, in der selbst ein mit den gesellschaftlichen Formen vertrauter Großkaufmann in Verwirrung geraten kann.

Manfred als Mann von Welt, bittet Platz zu nehmen und erzählt:

„Denk dir, James, in deiner Angestellten habe ich die Frau meines Freundes Caspari wiedergefunden. Wir sangen einmal zusammen . . .“

„Lang ist es her . . .!“ deklamiert Caspari würdevoll.

„So hatte es doch ein Gutes, daß du mich verfehlt hast“, erinnert Manfred den Schwager an seine Gedankenlosigkeit.

James wäre am liebsten überhaupt nicht da, und Marie ist es peinlich, den Chef in dieser Bedrängnis zu sehen.

Wilma beschäftigt sich mit dem Knaben Stefan. Sie weiß, daß Kinder ihr gut stehen und daß der brünette Junge einen wirksamen Kontrast zu ihrem blonden Haar bildet. Fein, daß sie die Kappe in der Hand hielt.

„Ja, du darfst ihn auch streicheln.“ Mit mütterlicher Bewegung führt sie die Hand des Kindes über Kings glattes, gewaltiges Haupt. „Schau, wie lieb“, wendet sie sich an James und ist glücklich über das offizielle „Du“, das James unvorsichtig angewandt hat. Dann blickt sie Manfred an. Sie sieht ihm zum erstenmal voll ins Gesicht und erschrickt. Ein Schwindel befällt sie, aber nur für einen Moment. Sie schließt verwirrt die Augen. Die anderen, die sich unterhalten, bemerken es nicht. Mechanisch fährt sie über Stefans schwarzes Köpfchen. Das hat mir gefehlt, denkt sie und möchte anfassen zu meinen. Ihr ist entsetzlich elend zumute. Jetzt habe ich mich in den Opfernänger verliebt, in den Bruder jener Frau, der ich den Mann wegnehmen will. Gott, ist das alles verwickelt! Unsinn, es ist gar nicht wahr! Ich heirate James, den guten, braven James, und dann bin ich glücklich und zufrieden. Wie der Grumacher ausieht! Es müßte verboten werden, daß solche Leute leben. Wenn man ihn sieht, sieht man ihn. Er beachtet mich überhaupt nicht. Manfred!

„Wir feiern gleichzeitig Begrüßung und Abschied . . .“ hört Wilma Max Caspari sagen.

## Geheimnisvolle Brandstiftung.

### Villa eines Schriftstellers in Klein-Rachnow heimgefeuert.

Ein geheimnisvoller Anschlag wurde in der vergangenen Nacht auf die Villa des Schriftstellers Karl Strecker in Klein-Rachnow bei Berlin verübt.

Strecker ist zur Zeit mit seiner Familie verreist. Im Hause befindet sich nur die Portierfamilie. Der Portier Schulz wachte am Donnerstagfrüh durch einen intensiven Brandgeruch im Hause auf. Er ging in die Wohnung Streckers hinauf und stellte fest, daß die meisten Einrichtungsgegenstände im Schlafzimmer brannten. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, die den Brand schnell ablöschte. Es ist glücklicherweise nur ein Zimmer zum Teil ausgebrannt. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um einen raffinierten Brandstiftungsanschlag auf die ganze Villa handelt. In den meisten Räumen der Villa waren auf die Teppiche und Tischdecken kleine Häufchen Schwarzpulver gestreut. Vom Schlafzimmer ging eine Zündschnur durch sämtliche Zimmer, die diese Pulverhäufchen berührte. Im Schlafzimmer war dann der Brand angelegt worden. Die Zündschnur ist jedoch auf der Schlafzimmerschwelle erloschen, nachdem die Einrichtungsgegenstände im Schlafzimmer in Brand geraten waren. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich der Brand auf die Nebenträume ausgedehnt hätte, wenn der Portier ihn nicht rechtzeitig entdeckt hätte.

Man steht vor einem Rätsel, da aus der Villa nach den bisherigen Feststellungen nichts gestohlen ist. Auch an einen Raubakt glaubt man nicht, da Strecker nach seinen eigenen Feststellungen keine Feinde hatte. Strecker ist telegraphisch nach Berlin zurückgerufen worden. Die Kriminalpolizei hat eine umfassende Untersuchung eingeleitet.

## Raubüberfall in Wilmersdorf.

### Eine Frau niedergeschlagen.

Gestern abend wurde in Wilmersdorf vor dem Hause Teplitzer Straße 14 eine Frau Erna Fied, die im Hause Hohensollern-damm 92 wohnt, von zwei jungen Burken überfallen. Die Angreifer warfen ihr Opfer zu Boden, streuten ihr Pfeffer in die Augen und entleerten ihr die Handtasche. Die einen höheren Geldbetrag enthielt. Passanten, die den Vorfall beobachtet hatten, nahmen die Verfolgung der Räuber auf. Sie konnten in der Dunkelheit entkommen. Auf ihrer Flucht warfen sie die Tasche mit Inhalt fort, die der Besitzerin wieder zugestellt werden konnte.

## Ein ungetreuer Postbeamter.

Nach Berentrungen im Amte ist der 46 Jahre alte Post-schaffner Otto Gehrke gestrichelt, der in Berlin in der Oranienstraße 124 wohnt. Gehrke war auf dem Hilfspostamt 13 in der Alten Jakobstraße angestellt. Als dort eine Rassen-revision vorgenommen werden sollte, steckte der Ungetreue noch schnell 400 Mk. zu sich und verschwand. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Flüchtige eine noch größere Summe an sich ge-bracht hat.

Die Frau Gehrkes betreibt im Zentrum Berlins ein Konfektge-schäft, das nicht besonders geht. Vielleicht hat der Ehemann die unterschlagenen Summen in das Geschäft gesteckt. Ehe Gehrke Berlin verlassen hat, kam er noch einmal in seine Wohnung, packte zwei Koffer und ging wieder fort.

Spartasse am Hochbahnhof Danziger Straße. Die Spartasse der Stadt Berlin eröffnet am 1. September 1931 eine in Berlin 188, Kastanienallee 100, gelegene Geschäftsstelle unter der Bezeichnung „Spartasse 38“. Diese Kasse befindet sich in unmittelbarer Nähe des Hochbahnhofs Danziger Straße und bietet den Bewohnern dieser Gegend Gelegenheit, in bequemer Weise ihre Spargelder bei der Spartasse der Stadt Berlin einstragend anzulegen. Einzahlungen werden schon von 1 Mk. an entgegengenommen.

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON F. Scherret.

Sie begeben sich auf die große Glasveranda mit der Aussicht auf den Kurgarten und die See. Manfred Grumacher bestellt Chateaubriand und eine Gemüseplatte. Das Anablen Stefan bekommt Himbeerwasser. Die anderen trinken roten Burgunder, gemischt mit Sekt. „Es ist mir beinahe unsahbar, daß ich hier sitze.“ Marie blickt fellig auf den verödeten Garten, in dessen Mitte die abgestellte Fontäne ihr zwecklos gewordenes Dasein führt. Nur ganz selten war man im Sommer hier. Familie Caspari ist gezwungen, billigere Ausflugsorte aufzusuchen. Aber jetzt ist wieder Hofnung da. Dankbar sieht Marie zu Manfred hinüber. Der konzentriert seine ganze Aufmerksamkeit auf eine riesige, schwarzweiß gefleckte Dogge, die sich majestätisch und unbeirrbar dem Tische nähert.

„Das ist doch . . .“

Beide, Manfred und Marie, rufen es gleichzeitig.

„Ein schöner Bau-wau!“ Der Knabe Stefan reckt sein Hälschen, um den Hund besser sehen zu können.

„Kling! Dann ist mein Schwager hier!“

King pflanzt sich vor Manfred auf und sieht ihn unverwandt an. Er wedelt gelassen mit der Rute.

„Eine lebenswürdige Bestie“, stellt Max Caspari fest. „Das ist also der Cerberus, vor dem alle Angestellten zittern?“ wendet er sich an seine Frau.

James taucht auf. Er kommt um die Ecke des Ganges im Gespräch mit Wilma Kosoff.

„Hallo, James . . .!“ winkt Manfred, noch ehe Marie ihn heimlich am Ärmel zupfen kann, wie sie es beabsichtigte. James blickt entgeistert von seinem Schwager Grumacher zu seiner Angestellten Caspari und sieht dann seine Begleiterin hilflos an. Er bleibt ein paar Schritte von dem Tische entfernt stehen.

„Komm' doch!“ Wilma geht ruhig weiter. Sie lächelt Marie Caspari zu und greift in Kings Halsband. Marie will gerade aufgeregt die Bekanntschaft vermitteln, als James sich endlich einschleibt.

„Bleiben Sie nicht länger hier . . .?“ fragt sie Manfred mit der besangenen Sicherheit der gut angezogenen Frau. Aber ihre Augen klammern sich an das Zigarettenetui auf dem Tisch.

„Mein Flugzeug geht morgen vormittag.“ Manfred ist ihrem Blick gefolgt. Er bewertet ihn als eine Aufforderung. „Bitte! . . . Rauchen Sie?“

„Danke!“ Wilma nimmt eine Zigarette heraus, eine Sechspennigzigarette ohne Mundstück, wie sie von vielen bevorzugt wird. Ihre Finger zittern.

James ist gar nicht damit einverstanden, das Zusammen-sein noch länger auszudehnen. „Wir wollen uns verabschieden“, sagt er schnell und schüttelt auch schon die verschiedenen Hände.

Wilma läßt die Zigarette in der Handtasche verschwinden. „Dann für nachher . . .“ lächelt sie gefäht und reicht Manfred die Hand.

„Bist du mit deinem Wagen gekommen . . .?“ brüllt Manfred hinterher, nachdem die beiden gegangen sind.

James schüttelt den Kopf. Was er sagt, ist nicht zu verstehen.

Es dämmt bereits, als Manfred nach Hause kommt. Der Herr ist noch nicht da, sagt ihm das Hausmädchen, und die gnädige Frau kleidet sich um. Er geht in den Salon. Im Speisezimmer werden Vorbereitungen für die Abendgesellschaft getroffen. Geschirr und Gläser klappern.

Er setzt sich an den Flügel. In zwei Wochen singt er den Tristan. Die Pariser zahlen gut und verstehen, sich zu begeistern. Er spielt ein paar Takte aus der Einleitung zum dritten Akt, jene weitgespannten, chromatischen Bogen, die die Sehnsucht der Sterbenden verkünden. Die Flöte verhält in der unendlichen Einsamkeit des Raumes. Schade, daß das Klavier den Klangcharakter fälscht. Noch einmal die „traurige Weise“. Bei dieser Stelle wurde ihm klar, daß er der Oper verfallen war, rettungslos und für immer. Das muß jetzt ungefähr fünfundzwanzig Jahr her sein. Damals stand er auf Galerie hier im Stadttheater, und Ernst Krause gestierte. Bestimmt waren wieder keine Schularbeiten gemacht, irgendeine mathematische Hausarbeit hatte ihrer Friedigung, und man zitterte leise vor den ernstesten Stunden am nächsten Tag, aber man erlebte mit einer Intensität, die heute fehlt, alles war farbiger, bunter, glühender. Manfred spielt jetzt den Liebestod fast automatisch und wie eine eingelernte Lektion. Er weiß kaum, was er spielt, er fühlt sich pflöchtig müde, gelangweilt und vom ganzen Dasein angebetet. Vor dem großen Kreuzweid bricht er ab und tritt ans Fenster. (Fortsetzung folgt.)



# Ein Kofaingroßhändler gefaßt.

Ein hocherfreulicher Fang.

Eine erfreuliche Festnahme ist dem Sonderbezernat des Polizeipräsidenten, das sich mit der Bekämpfung des Kauschgifthandels beschäftigt, gelungen. Während im allgemeinen nur die sogenannten Detailhändler gefaßt werden, ist man jetzt einem Großhändler auf die Spur gekommen.

Bei früheren Festnahmen kleinerer Händler verschwiegen diese meistens die Quelle, aus der sie das Gift bezogen hatten. Sie hatten auch stets nur kleinere Mengen bei sich, die sie am Kurfürstendam und in der Friedrichstadt an ihre Abnehmer verkauften. Im vergangenen Jahre wurde dann ein Händler P. ergriffen, bei dem man aufschlußreiches Material fand. Danach mußte zwischen Litauen und Deutschland ein ziemlich ausgedehnter Schmuggel mit Kauschgift, besonders Kofain, betrieben werden. Der Großhändler war zunächst nur unter dem Spitznamen „Emmes“ bekannt. Jetzt wurde er in einem Lokal in der Reuen Schönhauser Straße ausfindig gemacht und verhaftet. Gift hatte er natürlich nicht bei sich. Er muß aber zugeben, daß er regelmäßig nach Litauen gereist ist und aus dem dortigen Depot größere Mengen an Kofain, die kurz vorher über die Grenze hereingekommen waren, nach Berlin gebracht hat, so einmal zwei Kilogramm, ein andermal wieder nur ein Kilogramm oder auch nur 500 Gramm. In Berlin trat er als Großhändler mit den kleineren Händlern sprichwörtlich nicht direkt in Verbindung, sondern hielt sich einen Vertrauensmann, der für seine Tätigkeit eine Vergütung von 20 Pf. für das Gramm Kofain erhielt. Der Verhaftete, ein 39 Jahre alter Berthold Berg, bezeichnet sich als „Kaufmann“. Fünf Reisen nach Litauen sind ihm in der letzten Zeit nachgewiesen, und er gibt sie auch zu.

Die Unschädlichmachung der verdächtigsten Kauschgifthändler ist gerade in einer Notzeit wichtig, weil Menschen mit materiellen Sorgen der Versuchung, zu Betäubungsmitteln zu greifen, besonders leicht erliegen.

## Manchmal ist es nur Kofain.

Köln, 27. August.

Die Untersuchung des angeblichen Kofains, das in der Nacht zum Dienstag im Wartesaal des Kölner Hauptbahnhofes einer Schmugglerbande abgenommen wurde, hat ergeben, daß es sich um reines Kofain handelte, das in sehr täuschend ausgemachten und versiegelten Ampullen verpackt war. Trotzdem werden sich die Verhafteten vor Gericht wegen verbotenen Handels mit Kauschgift und außerdem noch wegen Betruges zu verantworten haben.

## Der Geisteszustand des Zahlmeisters.

Die Millionenunterschlagung bei der Kommandantur Berlin

Die Verfehlungen des 55jährigen Zahlmeisters Martin, der bei dem Rechnungssamt der Kommandantur Berlin tätig gewesen war und dort Unterschlagungen in Höhe von 1 Million Mark begangen hatte, beschäftigten gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I.

Martin hatte auf Rechnung der Vorstrafkonten der Wachkompanien hohe Beträge für sich behalten und verweigert und zur Verhinderung Gelder für Kompanien verrechnet, die niemals nach Berlin kommandiert worden waren. Schon in erster Instanz, durch die Martin zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und der Oberingenieur Woltschach wegen Beihilfe zur Unterschlagung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden war, war der Kernpunkt des Prozesses gewesen, ob Martin für seine Straftat verantwortlich gemacht werden kann. Auch vor der Berufungsinstanz entbrannte ein lebhafter Sachverständigenstreit. Während Professor Straub den Angeklagten für geistig gesund erklärte, äußerten die Herren Dr. Pinnar und Dr. Krause Zweifel an Martins Zurechnungsfähigkeit.

Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte das Gericht den Prozeß und beschloß mit Rücksicht auf die widersprechenden Gutachten, den gerichtsarztlichen Ausschuss der Stadt Berlin um ein Ober-Gutachten zu ersuchen, ob Martin gegenwärtig oder zurzeit der Verfehlungen als Geisteskranker anzusehen ist.

## Falsche Behauptungen über einen Schulrat.

Das Bezirksamt Neukölln teilt mit: „In verschiedenen Tageszeitungen sind über das Bezirksamt Neukölln und insbesondere über den Schulbezernat, Stadtrat Dr. Löwenstein, und den Magistratschulrat Dr. Hering unwahre Behauptungen verbreitet.“

Es ist behauptet worden, daß Magistratschulrat Dr. Hering im Jahre 1921 nur wegen seines Parteibuches gewählt worden sei, obwohl er für das Amt des Magistratschulrats nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbrächte. Demgegenüber wird objektiv festgestellt, daß Magistratschulrat Dr. Hering nicht nur durchgehend ausgezeichnete Zeugnisse aufzuweisen hatte, sondern daß auch seine Vorbildung weit umfangreicher ist als die durchschnittliche Vorbildung von Schulräten und Magistratschulräten. Es ist ferner behauptet worden, daß das Bezirksamt, insbesondere Stadtrat Dr. Löwenstein, das Ministerium dringend gebeten habe, ihm „Schulrat Dr. Hering abzunehmen“. Diese Behauptung ist unwahr. Eine dertartige Bitte oder ein dertartiges Gesuch ist niemals ausgesprochen worden. Magistratschulrat Dr. Hering hat seinerseits seit längerer Zeit den Wunsch, eine wissenschaftliche Betätigung auszuüben.“

## Die Liebesfragdie im Grunewald.

Im Jagen 55 des Grunewaldes wurden, wie berichtet, am Donnerstag ein junger Mann und ein junges Mädchen erschossen aufgefunden. Die Toten sind jetzt festgestellt als ein 31 Jahre alter Fleischer Walter Gries und seine 25 Jahre alte Braut Dora Schulz, die beide aus Bitterfeld stammen.

Weshalb sie in den Tod gegangen sind, weiß man nicht. Gries und seine Braut sind vermutlich am Dienstag oder Mittwoch nach Berlin gekommen und hatten in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs Zimmer bezogen. Von dort schrieben sie Abschiedsbriefe, unter anderem auch an den Bruder des jungen Mannes, der in Berlin ansässig ist. Der Brief ging am Donnerstag bei dem Empfänger ein, der sofort zur Kriminalpolizei eilte. Inzwischen hatte das Brautpaar bereits den Tod im Grunewald gesucht und gefunden.

## Zempthofer Kaufhaus zusammengebrochen.

Das Kaufhaus Zempthof Edmund Glend, Berlin-Zempthof, Berliner Straße 126, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Unternehmen wurde im Jahre 1908 gegründet und beschäftigte etwa 180 Angestellte. Die Gesamtverbindlichkeiten sollen sich auf 2,6 Millionen Mark belaufen.

# Der Mord im Gefängnis.

Revolte in Prenzlau vor Gericht. — Wie der Wachmeister umgebracht wurde.

Prenzlau, 27. August.

Gestern begann vor dem Schwurgericht Prenzlau der Prozeß gegen den Schlächter Heinrich Pilgram und den Schützer Anton Potodi, die sich wegen Mordes an dem Strafanstalts-oberwachmeister Neubauer zu verantworten haben. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen ist das von einem starken Polizeigebot abgesperrte Gerichtsgebäude von Neugierigen umlagert.

Die beiden Angeklagten werden, an beiden Händen gefesselt, unter starker Bewachung vorgeführt. Es sind rund 20 Zeugen und 3 ärztliche Sachverständige geladen. Zunächst schildern die Angeklagten ihren Lebenslauf. Pilgram ist verheiratet. Er war als Koch im Gerichtsgebäude beschäftigt. Er gibt an, daß er mit Potodi in einer Zelle im Gefängnis gelegen habe. Mitte Februar 1931 erhielt er durch das Küchenfenster ein Paket mit Rauchwaren und einen Zettel: „Wir haben dich noch nicht vergessen. Mit Gruß Rot Front!“ Dieser Vorgang wiederholte sich mehrere Male. Die Zettel wurden späterhin bei dem Angeklagten aufgefunden. Potodi ließ auch Fluchtabsichten durchblicken und beide besprachen sich einen genauen Plan. Am Abend des 16. April, an dem ein dritter Zellengenosse entlassen worden war, wollten sie ihren Plan zur Durchführung bringen.

Der Angeklagte Pilgram schildert den Ueberfall auf den Wachmeister Neubauer, der

in der Zelle gefesselt und nach kurzem Kampf in den Keller geschleppt wurde.

Nachdem sich die Angeklagten dann in der Kleiderkammer Zivil-

kleider angezogen und einen kleinen Geldbetrag aus dem Inspektionsraum entwendet hatten, flohen sie mit noch zwei Kommunisten, die sie aus der Zelle herausgelassen hatten, in Richtung nach Tempelin. Auf Vorhalt des Oberstaatsanwalts gibt Pilgram an, daß ihm in den Briefen der Kommunisten die Prenzlauer Märzunruhen geschildert wurden. Der Inhalt der Briefe hat in Pilgram den Entschluß reifen lassen, die Befreiung der Kommunisten vorzunehmen. Pilgram will eingeschriebenes Mitglied der kommunistischen Partei sein.

Sodann wird Potodi vernommen. Obwohl er sich bisher mit Pilgram deutsch unterhielt, weigert er sich vor Gericht, deutsch zu sprechen. Seit 1925 ist er in Deutschland, nachdem er mit 1½ Jahren von Amerika nach Polen gekommen ist. Nur ein halbes Jahr hat er die Schule besucht. Er will von der ganzen Angelegenheit nichts wissen und in der fraglichen Nacht den Wachmeister nicht gesehen haben, da er geschlafen habe. Erst im Keller habe er zum ersten Male den Beamten gesehen. Als Pilgram ihm Einzelheiten vorhält, versteht Potodi vollkommen deutsch, jedoch bestreitet er alles nach wie vor. Die Vernehmung der Angeklagten ist damit beendet. Die Beweisaufnahme erbringt zunächst die Aussagen des mitausgesprochenen Arbeiters Czabak aus Schmollin. Pilgram hat beim Ausschließen seiner Zelle gerufen: „Alle Kommunisten raus, da staunste, ich bin der Koch und habe ein Herz.“ Potodi, so gibt der Zeuge an, war bereits angezogen und mit zwei Revolvern bewaffnet. Auch der zweite ausgebrochene Gefangene, der Welter Block aus Fredersdorf, sagt aus, daß die beiden Angeklagten bereits angezogen vor ihm gestanden hätten.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Mittwoch, den 2. September, 19/2, Uhr, im großen Saal der Kammersäle, Teltower Straße, U-Bahnhof Belle-Alliance-Straße

### Kundgebung

„Gegen Völkertum und Völkerverhetzung“, für Verständigung mit Frankreich und der Welt“

Es sprechen:

Marcel Brun-Frankreich, Dr. K. Löwenstein-Berlin

## Der Spitzbube als Opfer.

Von großen und kleinen Sündern...

Vor dem Schöffengericht in Berlin-Moabit steht ein Mann, der wie die Rat selbst ausseh. Ein zerfranster, rissiger Kopf, bleiches, abgekehrtes Gesicht, trübe, erlöschene Augen. Der Vorsitzende bezeichnet den Angeklagten, nicht ohne eine Nuance des Mitleids, als „kleinen Sünder“ und deutet dabei an, daß er im Grunde nur das Opfer großer Geuner sei, die diesen unglücklichen, von Not und Verzweiflung getriebenen Menschen für ihre verbrecherischen Zwecke benützt haben. Der bleiche Mann ist des Diebstahls angeklagt, er hat Menschen, die auf treffende Insuper hin bei ihm Arbeit und Brot suchten, bestohlen, Menschen, die genau so arm waren wie er. Es handelt sich stets um kleinere Summen, mal um drei, mal um fünf Mark, aber die Menschen, die um diese wenigen Mark gebracht wurden, traf es als harter Schlag. Als der menschlich mitfühlende Vorsitzende das Urteil verkündet: die Mindeststrafe von drei Monaten und nach einem Monat Strafverbüßung Bewährungsfrist, sagt der Angeklagte mit einer Stimme, durch die so etwas wie Dankbarkeit zittert: Ich nehme an und verzichte auf Einspruch. Den am erheblichsten Beschädigten soll er den Schaden innerhalb von drei Monaten ersetzen. „Nun bewähren sie sich aber auch“ sagt der Vorsitzende, als der Angeklagte an der Tür steht. Der nicht.

## Zuchthaus für einen Greis.

65 jähriger Mann unter der Anklage des Meineides.

Wegen Meineides hatte sich am Donnerstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Kambke der bisher unbekanntere 65jährige Landwirt H. zu verantworten. H. hatte 1928 in einem Zivilprozeß in Liebenwalde, Kreis Niederbarnim, beschworen, die Unterschrift unter einem Schuldschein über 1000 Mark nicht vollzogen zu haben. Die in der jetzigen Hauptverhandlung vernommenen beiden Schriftsachverständigen sind indes auf Grund eingehender Untersuchungen der Unterschrift und sonstiger Schriftproben zu dem Ergebnis gekommen, daß die Unterschrift nur von dem Angeklagten selbst vollzogen sein konnte. Da auch die Zeugenaussagen dieses Ergebnis noch zu bestärken schienen, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 1½ Jahre Zuchthaus und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Der Angeklagte selbst blieb in seinem Schlusswort bei seiner früheren Aussage.

Das Gericht hielt den Angeklagten für voll überführt und verurteilte ihn zu der Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

## Peß in Barcelona.

Madrid, 27. August.

Am Stadtviertel Hospital bei Barcelona wurden fünf Fälle von Bubonepeß festgestellt, drei davon mit tödlichem Ausgang. Der Innenminister teilt mit, daß dieses Viertel polizeilich und durch Sanitätsmannschaften abgesperrt worden ist, um jedes Ubergreifen der Seuche zu verhindern.

## Trauermusik aus dem Grammophon.

Hierzu wird uns vom Volks-Feuerbestattungs-Verein folgendes erwidert:

In der kürzlich an dieser Stelle unter der vorstehenden Ueberschrift veröffentlichten Notiz über die Trauerfeier im Krematorium Wilmersdorf für den verunglückten Rennfahrer W. A. wurde in diesem Zusammenhang auch der Name des Volks-Feuerbestattungs-Vereins genannt. Hierzu sei zunächst bemerkt, daß der Verstorbene zwar Mitglied des Vereins war, daß aber die Ausführung seiner Bestattung wie auch die Veranstaltung der Trauerfeier auf ausdrücklichen Wunsch der Angehörigen und seiner Berufskollegen vom Deutschen Rennfahrer-Verein übernommen und geregelt wurde.

Da eine sehr zahlreiche Trauerverammlung zu erwarten war, sollte die Feier außerhalb der Halle, die nur für 600 Personen Platz bietet, erfolgen. Aus diesem Grunde muß auf die künstlerische Wir-

wirkung des Volks-Feuerbestattungs-Vereins (Orgel, Cello und Violine), worauf die Mitglieder des Vereins jagungsgemäß kostenlosen Anspruch haben, verzichtet werden, da die Musik draußen nicht zu hören gewesen wäre. Um dennoch die Feier durch Musik zu verschönen, wurden durch die im Krematorium vorhandenen Mikrophonanlage Schallplatten übertragen, während das Männerquartett des Vereins, dessen Mitwirkung ebenfalls kostenlos erfolgt, die Trauergeänge vor der Halle zu Gehör bringen konnte. Es sei hier betont, daß die Mikrophonübertragung dem besonderen Wunsche der Angehörigen entsprach.

Was die Zweckbestimmung der Mikrophonanlage im Krematorium Wilmersdorf selbst betrifft, ist sie nur als Ersatz für die Orgel in dem Falle anzusehen, wenn deren Motorenantrieb ausfallen sollte, was schon wiederholt vorgekommen ist. In zweiter Linie soll damit der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, die Trauerfeier für ihre Verstorbenen durch Musik und Gesangsbeiträge schöner zu gestalten, ohne daß dafür erhebliche Geldmittel aufgebracht werden müssen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der Volks-Feuerbestattungs-Verein seine vornehmste Aufgabe darin sieht, die Feiern für seine verstorbenen Mitglieder würdig und pietätvoll zu gestalten, ohne daß hierfür eine besondere Berechnung erfolgt. Es könne daher nur bedauert werden, daß im vorliegenden Falle nicht dem Verein die Ausgestaltung der Feier überlassen wurde.

## Er stellte sich selbst.

Legt Mord oder Fahrlässigkeit vor?

Köln, 27. August.

Auf der Kriminalwache am Hauptbahnhof stellte sich heute ein 22 jähriger Arbeiter mit der Bezeichnung, daß er am vergangenen Sonntag gegen 17 Uhr in der Nähe von Darlagarten in Hannover eine 22 jährige Arbeiterin durch zwei Schüsse getötet habe.

Nach seinen Angaben unterhielt er mit der Arbeiterin ein Liebesverhältnis. Er behauptet, mit ihr in einen Wortwechsel geraten zu sein. Um sie einzuschüchtern, habe er seinen Revolver gezogen, wobei ihm unbeabsichtigt ein Schuß losgegangen sei, durch den die Arbeiterin am Unterleib verletzt worden sei.

## Spanische Schüler in Berlin.

Am 29. August trifft eine Gruppe von 20 spanischen Schülern und Schülerinnen zu einem Aufenthalt von einer Woche in der Reichshauptstadt ein. Sie werden empfangen von der Gesellschaft für konationale Erziehung in Verbindung mit der Deutschen Pädagogischen Auslandsstelle und der Deutsch-Spanischen Gesellschaft. Die spanischen Schüler haben bereits verschiedene Einladungen bekommen, so vom Konsumverein Lichtenberg, der Städtischen Oper und dem Ibero-Amerikanischen Institut. Bei einem Empfang in der spanischen Botschaft wird der frühere preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Boelch das Wort ergreifen.

Die Gäste aus der spanischen Republik sind uns hochwillkommen. Wir erinnern uns dabei an die Tatsache, daß in diesen Wochen auch deutsche Schüler im Königschloß La Granja bei Madrid die Gastfreundschaft der spanischen Regierung genießen.

## Jetzt heißt es vorstoßen!

In der Mitgliederversammlung des 6. Kreises, Kreuzberg, sprach Genosse Stelling über die politische Lage. Er führte etwa folgendes aus: Der Hoover-Plan hat uns nicht die Erleichterung gebracht, die man erhoffte. Deutschland brauche langfristige Kredite und Erleichterungen der Reparationen. Eine völlige Streichung der Kriegsschuld sei vorläufig leider ausgeschlossen. Die Verlängerung der Stundung bedingt aber vor allem die Verständigung mit Frankreich. Scharf wandte sich Stelling gegen die deutsche Wirtschaftsführung. Der Einfluß des Staates müsse verstärkt werden. Mit den hohen Schülern müsse unbedingt ausgeräumt werden, denn größte Sparbarkeit ist notwendig. Mit dem Abbau der niedrigen Löhne aber müsse es endlich Schluss sein. Die Aufgabe der gesamten Partei ist es, nach dem Scheitern des nationalsozialistisch-kommunistischen Volkenscheides weiter mit aller Kraft vorzustoßen.

Nach einer kurzen Diskussion schloß Genosse Schweikardt mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie die gut besuchte Versammlung.

Flucht aus der Verzweiflung. — Feierstunden der Arbeitslosen. Wir berichteten im „Vorwärts“ anerkennend über die im Bezirk Friedrichshain veranstalteten Feierstunden der Arbeitslosen. Veranstalter der Feierstunden ist der sozialdemokratische Bildungsausschuss des Kreises Friedrichshain, der in allen seinen Beitreibungen in helter Weise von dem Bezirksamt Friedrichshain unterstützt wird. So werden dem Bildungsausschuss die Räume des Bezirksamtes für die Ermerbolden-Feierstunden kostenlos zur Verfügung gestellt.



# Vom Dank des Vaterlandes.

In einer Sprechstunde des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte.

Durch die Roterordnung wurden die unglücklichen Opfer des Krieges, die Kriegsbeschädigten, die Kriegermütter und Kriegerväter schwer getroffen. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerehrenter hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1931 gegen die 2. Roterordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 entschieden Stellung genommen. Er erklärt, daß die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegsoffer in einer untragbaren Weise angegriffen worden seien. Auch der „Reichsbund“, das Organ des eine halbe Million Mitglieder zählenden Reichsbundes hat in einem grundsätzlichen Artikel „Unerschütterliche Härten“ sich eingehend mit der Roterordnung beschäftigt. Es genügt schon, an einer Sprechstunde des Reichsbundes teilzunehmen, um die Ungerechtigkeit der Abbaumassnahmen in ihrer ganzen Härte zu erfahren. Nur einige Beispiele anstatt hunderter geben einen Begriff von der Not, die durch die Roterordnung auf die Opfer des Krieges heraufbeschworen ist.

## Der Granat splitter in der Lunge.

Am 21. Februar 1931 wird im Virchow-Krankenhaus der Kriegsbeschädigte A. mit einem fingerlangen Granat splitter in der Lunge eingeliefert. Ringsherum ist alles vereitert, die Lage des Patienten lebensgefährlich. Nach Ansicht des Chirurgen ist das fehlende Folger der Kriegsbeschädigung. Der Granat splitter war von der Halspartie allmählich in die Lunge gewandert und hatte sich im oberen Lungenteil festgesetzt. Am 26. März stirbt A. an Lungenblutung. Die Frau des Verstorbenen beantragt durch den Reichsbund Sterbegelder und Gebühren, außerdem Witwen- und Waisenrente. Alles wird abgelehnt — auf Grund der Roterordnung. Die Frist von 10 Jahren ist nicht eingehalten worden. Selbst im Wege des Härteausgleichs, der nach der 1. Roterordnung noch möglich war, ist eine Rente für Frau und Kinder dieses Kriegsoffiziers nicht möglich.

## Die gefürzte Rente.

Sch. ist wegen eines Lungenleidens zu 60 Proz. Rente berechtigt. Bis zum November 1930 hat er Arbeit. Er zahlt Krankentafelbeiträge, Arbeitslosenversicherung wie jeder andere. Also erwirbt er sich das Recht im Falle der Krankheit auch Versorgungsgelder, im Falle der Arbeitslosigkeit auch Arbeitslosenunterstützung. Welt gefehlt! Die neueste Roterordnung bringt ihn um diese durch Zahlung von Beiträgen erworbenen Rechte. Insofern die Militär- und Invalidenrente eine gewisse Höhe übersteigt, geht er des Rechts auf die Arbeitslosenunterstützung verlustig. Er erhält also jetzt bloß die schon an und für sich gefürzte Invalidenrente, auch die Zulage; hat aber 110 Mark weniger, als er es vor der Roterordnung gehabt hätte. Sollte er das einmal nicht als Ungerechtigkeit empfinden? Muß er sich nicht fragen, daß die 40 000 Offiziere, die ihre guten Pensionen beziehen, obgleich sie fast alle im Handel und Industrieleben stehen, nach wie vor ihren guten Tag leben, während ihn gerade die ganze Härte der Roterordnung trifft!

## Kriegerwitwen und Kriegermütter.

Besonders stark drängt sich dieser Vergleich mit den Offizierspensionen in einem anderen Falle auf. Eine Witwe im Alter von 43 Jahren. Ihr Mann lebte vor dem Kriege in den besten Verhältnissen. Er kehrte aus dem Felde nicht heim. Die Inflation verschlang die letzten Ersparnisse. Die Frau erhält 40,20 Mark Rente und Zulage in Höhe von 34 Mark. Die Rente ist durch die Roterordnung auf 36,30 Mark herabgesetzt, die Zulage ist ihr genommen. Wovon soll sie leben? Sie ist galleisend, 40 Proz. erwerbsunfähig, sie fällt jetzt der Wohlfahrt zur Last. Das Reich hat also seine Unterstützungspflicht der Gemeinde aufgebürdet.

Eine andere Kriegerwitwe aus Neukölln. Die Dinge liegen nicht anders wie im letzten Fall. Die Zulage ist genommen. Die ganze Unterstützung beträgt jetzt nicht mehr als 38 Mark. Sie lebt mit ihrer Mutter, einer Kriegermutter. Sie ist vollkommen gelähmt, erhält 36,30 Mark Hinterbliebenenrente und 17,80 Mark Invalidenrente. Bis jetzt verstanden es die beiden Frauen, sich mit ihren Renten noch mühselig durch Leben zu schlagen. Nun ist es nicht mehr möglich. Die Tochter kann nicht mehr die Mutter, wie früher, pflegen. Sie muß aufs Arbeitsamt stampfen und sich sonst in jeder Weise um Arbeit bemühen. Die gelähmte Frau bedarf aber einer steten Pflege. Das Gesundheitsamt ist gezwungen, eine Pflegerin zu stellen. Das kommt selbstverständlich teurer zu stehen, als die entzogene Zulage von 34 Mark.

Eine andere Kriegermutter: 76 Jahre alt, von vier Söhnen drei im Kriege gefallen, ein Rektor, ein Gasmeister, ein Kapitulanz in der Marine. Nur der vierte Sohn, ein Schmied, ist am Leben. Er ist kaum imstande, seine drei Kinder und seine Frau zu ernähren. Die Elternrente wird abgelehnt, der Sohn soll für die

Mutter sorgen — auch eine Folge der durch die Roterordnung verletzten schärferen Nachprüfung.

Ein anderer Fall (scharfer Nachprüfung): Die Rente wird von 70 Proz. auf 30 Proz. herabgesetzt; der amtl. Befund hatte nämlich eine Besserung des Zustandes festgestellt. Kurz darauf stirbt der Kriegsbeschädigte eben an dem Leiden, das nach amtlicher Feststellung eigentlich nicht mehr vorhanden war. Ähnliche Herabsetzungen selbst von 100 auf 30 Proz. bei lungen- und herzleidenden Kriegsbeschädigten gehören zu den Alltäglichkeiten.

R. bezog bis zum 30. November 1930 wegen einer Schußverletzung am linken Unterschenkel und Folgen einer Operation eine 100prozentige Rente. Am 1. Dezember 1930 wurde die Rente nach einer Nachprüfung auf Grund der 1. Roterordnung auf 30 Proz. herabgesetzt. Die Zulagerente verminderte sich auf diese Weise von 52 Mark auf 21 Mark. Nun war er auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Seine Klage beim Versorgungsgericht hatte Erfolg: er erhielt am 20. März dieses Jahres mit rückwirkender Kraft die 100prozentige Rente wieder zugesprochen. Die ihm von dem Wohlfahrtsamt ausgezahlte Unterstützung wurde ihm von seiner Rente abgezogen und an das Wohlfahrtsamt zurückerstattet. Die Differenz der ihm nicht ausgezahlten Zulagerente kann er aber bis zum heutigen Tage nicht erhalten. Die Nachzahlung bleibt aus.

## Einem völlig Erblindeten keine Rente.

Eine harte Auswirkung der 1. Roterordnung stellt auch ein weiterer Fall dar. Der Kriegsbeschädigte F. L. hatte während des Krieges durch eine Augenentzündung das Augenlicht auf dem rechten Auge verloren. Da das linke Auge noch gut war, stellte er keine Versorgungsansprüche. Im Jahre 1929 erkrankte er aber auch am linken Auge. Nun war er völlig erblindet. Die Versorgungsbehörde stellte fest, daß der Verlust des rechten Auges auch auf den Einfluß des Kriegsdienstes zurückzuführen sei. Wegen Fristverfalls bestand für ihn kein Rechtsanspruch mehr auf Rente. Eigentlich hätte er schon seit 1916 eine solche von 30 Proz. beanspruchen können. Das Versorgungsamt beantragte beim Hauptversorgungsamt die Genehmigung einer Rente im Härtewege, weil Bedürftigkeit vorhanden sei. Die neueste Roterordnung macht aber die Bewilligung einer Rente auch im Härtewege unmöglich.

## Der Selbstmord des Kriegsbeschädigten.

Daß unter den Kriegsoffizieren eine ungläubliche Verbitterung herrscht, ist weiter nicht verwunderlich. Es kommt zu Verzweiflungsausbrüchen und zu Verzweiflungsakten. So erschloß z. B. im Januar dieses Jahres der schwerkriegerbeschädigte W. seine Frau, drei Kinder und sich selbst. In dem von ihm hinterlassenen Brief heißt es u. a.:

„Liebe Genossen! Ich will Euch nur noch mitteilen, wie es mir ergangen. Ich habe in meinem Leben schon viel durchgemacht, war in dem vom Gehirne provozierten Weltkrieg, habe Handverletzung, zwei Schulterkugeln und einen Kopfschuß erhalten. Auf Grube Adolf erlitt ich einen schweren Schädelbruch mit schwerer Gehirnerschütterung. Bin deshalb schwer neurosenleidend. Teils dem Hauptversorgungsamt gleichzeitig mit, wenn mir nicht geholfen werden kann, und zwar bis zum 20. Januar, würde ich mit meiner Familie aus dem Leben scheiden. Ich habe es nun satt und mache jetzt noch Schluß, hätte es schon am 20. getan, aber da hatte ich noch keinen Revolver, und ich will meinen Angehörigen einen schmerzlosen und schmerzlosen Tod machen. Wir haben es ja im Krieg gelernt. Daß ich immer ein guter Familienvater war und für meine Familie gesorgt habe, kann Euch in S. jeder sagen. Und weil ich meine Familie liebte und nicht im Elend zurücklassen will, nehme ich dieselbe mit. Hoffentlich bringt meine Tat für die anderen Kriegsbeschädigten Erfolg. Nun seid vielmals gegrüßt.“

Nicht nur die Kriegsbeschädigten, sondern all die Millionen, die kaum das Nötigste zum Leben haben, werden es nie verstehen können, daß nun gerade sie so große Opfer für die Wirtschaft bringen sollen, die jene verschuldet haben, die ihre eigenen Kräfte von den Härten der Roterordnung ausgenommen haben. So bleibt nur eins: Die Roterordnung so schnell wie möglich dahin zu ändern, daß die schlimmsten Ungerechtigkeiten ausgemerzt werden. Geschieht das nicht, so werden die Folgen nicht ausbleiben.

Englisch, Französisch, richtiges Deutsch. Im September beginnen neue Kurse bei Genslin & Co. Erdenstr. 16, Gartenhaus 3. Ex. rechts (Untergrundbahn) (Königsplatz). Anmeldezeiten, auch schriftlich, bis zum 2. September täglich 17-20 Uhr. Genslin und Genslin mit Fortschritten können den bestmöglichen Mittel- bzw. Oberkurs jederzeit beitreten.

Mit der Kamera durch Alt-Berlin. Das Volkbildungsamt Wilmerhof veranstaltet am Sonntag, dem 30. August, erstmalig eine Photo-Vollwetterung durch Alt-Berlin unter Leitung des Berufsphotographen Fritz Schöber. Treffpunkt 10 Uhr am Ausgang der U-Bahn Hauptbahnhof. Eintrittspreise von 20 bis in befristeter Anzahl nur im Volkbildungsamt, Eingang Schöperstraße 23.



erhalten Sie bei jedem Einkauf unserer Rabatt von 5% zweimal

**10% Rabatt** IN MARKEN

oder auf Wunsch anstatt Rabattmarken BEI EINKAUF FÜR MK. 3.- AUSSER ZUCKER



diese schöne Tasse mit Untertasse AUS ECHT BAYERISCHER QUALITÄTS-PORZELAN IN UNSEREN GROSS-BERLINER FILIALEN

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <b>B</b><br>Badstr. 18<br>Brunnenstr. 76<br>Chausseestr. 33<br>Danziger Str. 20<br>Grenzallee Str. 1<br>Kastanienallee 36a<br>Landberger Allee 27<br>Müllersstr. 25a<br>Müllersstr. 166<br>Rajchendorfer Str. 18<br>Schöner Allee 110<br>Trebbinerstr. 18 | <b>C</b><br>Alte Schönhauser Str. 50<br>Charlottenburg<br>Augsburger Str. 54<br>Berliner Str. 118<br>und Kaffeehaus<br>Dankbarmenstr. 50<br>Goslarstr. 14<br>Holtzendorferstr. 4<br>Kaiser-Friedrich-Str. 23<br>Kasteln. 36<br>Kleiststr. 20<br>Königsplatzstr. 8<br>Pestalottstr. 20<br>Spandauer Str. 30<br>Sauerstr. 13<br>Tauragener Str. 12<br>Ullmannstr. 33<br>Wilmerdorfer Str. 71<br>Wilmerdorfer Str. 124<br>Wilmerdorfer Str. 140. | <b>Berlin-Schöneberg</b><br>Martin-Luther-Str. 95<br>Tempelhofer Str. 21<br><br><b>Berlin-Steglitz</b><br>Rheinstr. 42<br>Säbelfstr. 85<br><br><b>Berlin-Neukölln</b><br>Seyditzstr. 140<br>Hermannstr. 40<br>Hermannstr. 119<br>Kaiser-Friedrich-Str. 248<br>Pflügerstr. 11<br><br><b>Berlin-Oberschönau</b><br>Edenstr. 58<br>Wilhelmsriederstr. 41<br><br><b>Adlershof, Blumenthal, 25</b><br>Birkenwerder, Hauptstr. 75<br>Britz, Chausseestr. 47<br>Cappelen, Schölerstr. 1<br>Eckern, Friedländerstr. 41<br>Friedrichshagen<br>All Friedländerstr. 40<br>Friedrichshagen<br>Friedländerstr. 86<br>Fürstentum (Spruce, Markt)<br>Hermannstr. Bahndammstr. 17<br>Hohenschönhausen<br>Lichterfelde, Edenstr. 8<br>Lichterfelde, Gellertstr. 1<br>Lichterfelde-West<br>Hindenburgdamm 55<br>Mauerpark, Chausseestr. 38<br>Neu-West, Friedländerstr. 20<br>Pankow, Schönhauser Str. 1<br>Potsdam, Brandenburger Str. 16<br>Potsdam, Luisenstr. 10<br>Potsdam, Nauener Str. 28<br>Reinickendorf, Residenzstr. 107<br>Riesenhof, Hauptstr. 10<br>Silesische, Steglitzer Str. 25<br>Solms-Laubach, Britz Str. 22a<br>Tegel, Berliner Str. 9<br>Tempelhof, Berliner Str. 55<br>Neu-Tempelhof<br>Hilfenheimerdamm 6<br>Treptow, Baumgartenstr. 19-20<br>Treptow, Ostbahn 31<br>Waldow, Berliner Allee 242<br>Wendeh (Havel)<br>Ucker den Linden 5<br>Zossen, Berliner Str. 13 |
|---|---|---|

# Die Erschöpfung der Kaufkraft der Bevölkerung

ist derart, daß ein weiterer Preisabbau auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht mehr durchgeführt werden kann, sondern nur durch Ausschaltung aller unproduktiven Faktoren bei der Kalkulation. Der heute allgemein anerkannte volkswirtschaftliche Wert und Vorteil ist die direkte Belieferung vom Hersteller ohne Zwischenhandel direkt zum Verbraucher. Diesen einzig richtigen Weg geht die Herrenkleiderfabrik P. Wagner, Alexanderstr. 22, Etagegeschosse. Ursprünglich ein Unternehmen, welches seine Erzeugnisse an Spezialgeschäfte für Herrenbekleidung abgesetzt hat, verkauft dieses jetzt direkt an den Verbraucher unter Ausschaltung des Zwischenhandels, dadurch bieten sich jedem Käufer außerordentliche Vorteile. Erspart wird:

1. die teure Ladenmiete,
  2. die teure Reklamebeleuchtung,
  3. die doppelte Umsatzsteuer,
  4. die teuren Schaufensterdekorationen,
- die manchmal eine Revueschau darstellen und die Ware nur verteuern. Alle diese Ersparnisse kommen dem bei der Herrenkleiderfabrik Wagner kaufenden Publikum zugute. Fachkundige Werkmeister und Zuschnneider beauf-

sichtigen die Herstellung. Alle Anzüge und Mäntel werden aus langjährig erprobten reinwillenen Stoffen hergestellt, und besonderes Augenmerk wird auf die gute Innenverarbeitung gerichtet. Hierin liegt der unbestrittene Erfolg der Herrenkleiderfabrik Wagner. Ein blauer Anzug aus garantiert reinwillenem Aachener Kammgarn auf Reinleinen und Roßhaar verarbeitet mit zwei Hosentasten kostet nur 49.— RM. Ein Winterulster aus garantiert reinwillenem Stoff, auf Samtaschen und echtem Eisengarn-Aermelfutter sowie auf Reinleinen und Roßhaar verarbeitet, kostet nur 40.— RM. In der Preisliste von 40.— bis 65.— RM. ist stets eine große Auswahl moderner Anzüge und Mäntel vorrätig. Bei Extraanfertigung mit Anprobe erhöht sich der Preis nur um 10.— RM. Änderungen werden nicht berechnet und sauber ausgeführt. Ein unverbindlicher Besuch wird Sie überzeugen, daß die Erzeugnisse der Herrenkleiderfabrik den verwöhntesten Geschmack befriedigen und den teuren Maßanzug entbehrlich machen.

Achten Sie auf die genaue Adresse:  
**Alexanderstraße 22**  
am Bhf. Jannowitzbrücke (kein Laden)  
Geöffnet durchgehend von 9-7 Uhr.

**KAISER'S KAFFEE-GESCHAFT**  
ÜBER 1500 FILIALEN!















# Konsequenzen aus der deutschen Kreditkrise

## Baseler Empfehlungen / Bankenkontrolle / Danat und Dresdner / Von Rudolf Hilferding

Aus einer Veröffentlichung des Genossen Hilferding über die „Probleme der Kreditkrise“ entnehmen wir dem neuesten Heft der „Gesellschaft“ die folgenden grundsätzlichen Darlegungen:

Die Ereignisse haben die Fehler der deutschen Bankleitung grell beleuchtet. Die Erschütterung des Vertrauens im Ausland hätte geringere Dimensionen angenommen, wenn nicht die Vorfälle in der deutschen Wirtschaft dem Misstrauen immer neue Nahrung zugeführt hätten. Gewiß, bei der deutschen Kreditkrise handelt es sich nicht nur um Schuld, sondern auch um Schicksal. Aber das Schicksal erfüllt sich eben. Es hat sich gezeigt, daß eine moderne Großbank zu schließen eine wirtschaftliche Unmöglichkeit ist. Das heißt aber nichts anderes, als daß das Risiko für einen Zusammenbruch eben nicht die Leiter der Bank, sondern der Staat, die Gesamtheit trägt. Es ist der Dessenhaftigkeit endlich klar zum Bewußtsein gekommen, daß in dem modernen Bankensystem das eigene Kapital eine verschwindend geringe Rolle spielt gegenüber dem fremden, anvertrauten Kapital, daß dieses in Wahrheit den größten Teil des verfügbaren Kapitals der Nation repräsentiert und es unmöglich ist, das nationale Vermögen unkontrolliert der Verfügung Privater zu überlassen. Der Staat hat zwei Großbanken mit Aufwendung außerordentlich großer Mittel übernehmen müssen. Der Staat, der im gefährlichsten Moment diese Banken übernehmen mußte, soll er sie den Privaten zurückgeben, nachdem er sie saniert und die Gefahr vorüber ist? Mag Schuld und Schicksal an dem Zusammenbruch der deutschen Banken wie immer verteilt sein,

das System hat eben nicht standgehalten; wie das alte politische System am 9. November 1918 zusammengebrochen war und es seitdem keine Restauration gegeben kann, so hat das deutsche Bankensystem seinen 9. November erlebt und auch da kann es keine Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zwischen Staat und Bankensystem geben.

Es ist schon eine schneidende geschichtliche Ironie, daß gerade zur Zeit, in der der „Kampf gegen den Marxismus“ so groteske Formen angenommen hatte, wo die kapitalistischen Schichten für alle Folgen ihres Krieges und ihrer Kriegskredittation die Sozialisten verantwortlich machen, die feinsten Blüte ihrer Wirtschaftsorganisation, das Kreditssystem, eine Katastrophe erfährt, die wenigstens den Anfang einer gesellschaftlichen Kontrolle mit Notwendigkeit herbeiführt. Die Geschichte ist eben die beste Marxistin.

Die Kreditkrise hat so große und folgenschwere Probleme aufgeworfen, daß diese ohne bewußte Gestaltung durch den Staat nicht bezwungen werden können. Ihre Lösung bildet augenblicklich den wichtigsten Inhalt der Wirtschaftspolitik und sie können nicht mehr dem Automatismus der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze überlassen werden. Denn von der einzuschlagenden Kreditpolitik hängt jetzt unmittelbar das Schicksal der Wirtschaft und damit das politische Schicksal Deutschlands ab...

Unter diesem Zwang (daß die ausländischen Kreditkündigungen zum Stillstand gebracht werden mußten. D. R.) haben

### die Verhandlungen in Basel

zu einem Abkommen geführt, das die nach der Rückzahlung von ungefähr drei Milliarden Mark noch vorhandenen kurzfristigen Kredite in Höhe von rund 7 1/2 Milliarden Mark in Deutschland für die nächsten sechs Monate beläßt. Zugleich hat das von der Londoner Konferenz eingesetzte Komitee in seinem von London verfaßten Bericht die dringende Mahnung an die Regierungen gerichtet, „in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Wege zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, um Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen“. Als Vorbedingung dazu steht der Bericht die Neuordnung der Kriegsschulden und Reparationen, die Herstellung freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten, was ja in Wirklichkeit die deutsch-französische Verständigung bedeutet, und schließlich den Abbau der Handelsbeschränkungen.

Man sieht, der Abschluß der Baseler Verhandlungen bedeutet ein in Anbetracht der zu bewältigenden Aufgabe nur allzu kurzes Provisorium, währenddessen die ganz großen politischen Fragen zur Lösung drängen. Die deutsche Wirtschaft hat eine Atempause von sechs Monaten, während derer sie mit den auswärtigen Krediten arbeiten kann. Aber bis zum Ablauf dieser Periode muß die deutsche Kreditversorgung, die Verfügung über kurzfristige Gelder zur Finanzierung vor allem des Außenhandels, die Verwandlung eines Teils der auswärtigen Kredite in langfristiges Kapital, gesichert sein — und das kann nur die Politik leisten. Die Politik hat nicht nur keine Atempause, sie erfordert die höchste Aktivität und ihr Grundproblem bleibt die direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die sehr schwierige aber unerläßliche Vorbedingung zu der „freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten“.

Damit erledigt sich zugleich auch das inhaltlose Gerede von nationaler Autarkie. Solange die Besurowörter der nationalen Autarkie nicht angehen, wie innerhalb des nächsten halben Jahres sieben Milliarden Devisen zur Begleichung der auswärtigen Schulden zu schaffen sind, wie die deutsche Wirtschaft dann ohne auswärtige Kredite weitergeführt werden soll, ist ernsthaftest Beschäftigung mit Empfehlungen, die die ganze Welt wirtschaftlich und politisch gegen Deutschland vereinigen würden, denn doch nicht nötig.

Unterdessen aber fordern die Fragen der inneren Kreditpolitik schnelle Lösung. Hier sind schwere Fehler begangen worden.

Man hätte die richtige Erkenntnis, daß der Fall einer Großbank ein wirtschaftliches Verhängnis wäre und zudem kaum isoliert bleiben würde. Das Reich entschloß sich deshalb, für die Verpflichtungen der Darmstädter und Nationalbank die Garantie zu übernehmen. Tat man aber das, dann war es ein unbegreiflicher Fehler, die garantierte, also gesicherte Bank zu schließen, und damit erst jenen Ruin im Inneren herbeizuführen, den man durch die Garantie vermeiden wollte. Der Fehler fällt der Reichsbank zur Last, die das einzig wirksame Mittel, eine Bank zu bekämpfen, die restlose Befriedigung der Ansprüche durch Barzahlung, aus einer völlig falschen, doktrinenhaften Auffassung ihrer Funktion verweigerte. So kam man von der Schließung der Danabank zur Schließung aller Banken und Sparkassen, zur völligen Störung und Beherrschung der Kreditzirkulation, mit dem einzigen Resultat, zur Wiedereröffnung der Banken und Sparkassen Mittel einsehen zu müssen, von denen ein Teil genügt hätte, die Störung zu vermeiden. So unausweichlich Sperrmaßnahmen gegen die Zurückziehung der auswärtigen Guthaben waren, nachdem eine internationale Hilfsaktion nicht rechtzeitig eingeleitet hatte, so überflüssig war die Stilllegung des inneren Zahlungs- und Kreditmechanismus. Wieder zeigte sich

eine Diskrepanz (Widerspruch) zwischen der Wirtschaftspolitik der verantwortlichen Regierung und der autonomen Reichsbank, die eine spezifisch deutsche Erscheinung ist. Und die schwere Sorge besteht, daß dieser Mangel an einheitlicher und klarer Führung sich fortsetzt in einer Zeit, wo die Bankpolitik die größte Bedeutung gewonnen hat.

Denn es wäre eine große Gefahr, wenn jetzt banktechnische oder gar Statutenfragen der Notenbank das Ubergewicht über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erhielten. Es ist an sich das nicht unbegreifliche Bestreben der Notenbank, ihre Notenausgabe zu verringern und damit wieder die berühmte 40prozentige Notendeckung zu erreichen, obwohl heute jedermann weiß oder doch wissen mußte, daß dieses Verhältnis ohne entscheidende Bedeutung für die Summe der auszugehenden Noten ist, daß der Umfang der Notenzirkulation (= Umlauf) unter sonst gleichen Umständen von dem Umfang der in Zirkulation befindlichen Waren und der fälligen Zahlungsverpflichtungen bestimmt wird, die Größe des Geldschahes nicht zu dem Umfang der Notenzirkulation in Beziehung zu setzen ist, sondern zu den Anforderungen, die der Ausgleich der Zahlungsbilanz an die Zentralbank stellt. Will die Reichsbank trotzdem eine solche Politik der Wiederherstellung ihrer Golddeckung in den Vordergrund stellen, so kann sie das nur, indem sie die Banken ihrerseits zu einer verstärkten Abtragung ihrer Verpflichtungen an die Notenbank zwingt. Das bedeutet wieder Druck auf die Banken, ihre Ausleihungen an die Wirtschaft einzuschränken, Wirtschaftskredite zurückzuziehen. Da aber die schlechten Schuldner nicht zahlen können, so werden die Banken gerade die guten Schuldner, die Unternehmungen, die noch rentabel arbeiten, noch Aufträge haben und exportieren können, zur Abtragung ihrer Wirtschaftskredite zu bewegen suchen. Die Herstellung der Liquidität (Zahlungsbereitschaft) wird nicht auf Kosten der schlechten, sondern geradezu auf Kosten der guten Betriebe gehen, und eine solche Bankpolitik wäre eine große Gefahr für die Fortführung der Wirtschaft, für die Weiterbeschäftigung der Arbeiter.

Aus der deutschen Wirtschaft sind etwa drei Milliarden Mark zurückgezogen worden. Sie sind mit Gold und Devisen zurückgezahlt worden. Muß nun das deutsche Kreditvolumen (= Umfang) durch Reichsbankpolitik um diese Summe restringiert (eingeschränkt) werden? Dies wäre offensichtlich nur der Fall, wenn ein festes Verhältnis zwischen dem Goldbestand innerhalb einer Volkswirtschaft und ihrem Kreditvolumen bestünde. Ein solches existiert aber nicht. Es ist deshalb durchaus nicht notwendig, eine solche Restriktion (Kreditbeschränkung) dort einzutreten zu lassen, wo die Lage des Unternehmens dazu keine Veranlassung bietet. Die Wiederherstellung der Golddeckung in dem willkürlichen Ausmaß der 40prozentigen Grenze darf das volkswirtschaftliche Kreditbedürfnis nicht dominieren (beherrschen)...

Die Bankpolitik steht jetzt im Zentrum der Wirtschaftspolitik und deshalb kann sich die Reichsregierung der Verantwortung nicht entziehen, diese Politik zu bestimmen. Dazu bedarf sie eines entsprechenden Organs, das über die

notwendigen Informationen voll verfügt und mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet ist, die volkswirtschaftlich notwendigen Grundzüge der Kreditpolitik durchzusetzen. So ergibt sich die Forderung nach einem der Reichsregierung unmittelbar verantwortlichen Amt für Kreditpolitik, das zwar im engen Zusammenarbeiten mit der Reichsbank, aber unter Verantwortung der Regierung die Kontrolle über die Banken ausübt und in den großen Fragen der Kreditverteilung und Kapitalleitung das Allgemeininteresse gegenüber den Privatinteressen zur Geltung bringt.

Ein solches Amt ist aber auch unentbehrlich, um die anderen Aufgaben erfüllen zu können, die jetzt unmittelbar gestellt sind. Wir brauchen eine durchgreifende Vereinigung der deutschen Wirtschaftsbilanzen. So falsch und gefährlich es wäre, Kreditrestriktionen dort vorzunehmen, wo sie gesunde Teile der Wirtschaft zum Verderben brächten, so notwendig ist die Beseitigung der spekulativen Positionen, der volkswirtschaftlich schädlichen Finanzierung von Aktienpateten, die Abschreibung von Verlusten und die Sanierung überkapitalisierter Unternehmungen — alles Aufgaben, die nicht den Privatinteressen überlassen bleiben können, sondern der Kontrolle einer übergeordneten, volkswirtschaftlichen Erwägungen allein folgenden Instanz unterworfen sein müssen.

Dazu kommt ein Drittes. Das Reich ist im Besitz zweier Großbanken; es wäre unerträglich, wenn es, wie es bei der Darmstädter Bank geplant ist, zwar die Mittel der Allgemeinheit in diese Banken investiert, die Verfügung aber privaten Kreisen auslieferte. Das Reich muß die Führung dieser Banken in der Hand behalten, um im Besitz dieses mächtigen Instruments die Frage nach der künftigen Gestaltung des deutschen Bankensystems der Lösung zuführen zu können. Es besteht aber die Gefahr, daß bei unveränderter Fortdauer des privaten Konkurrenzkampfes eine rasche Aushöhlung dieser unter Führung des Reichs stehenden Banken erfolge, daß die privaten Banken gerade die guten Kunden an sich zu ziehen trachteten, dem Reich aber die illiquiden (zahlungsunfähigen) Debitoren blieben. Es bedarf eines Bankensystems und seiner regelnden Kontrolle, um eine solche „kalte Privatisierung“ zu verhindern.

### Bankenaufsichtämter sind keine spezifisch sozialistische Forderung.

Die Regelung des Geldwesens und gewisse allgemeine Normen für das Kreditssystem waren überhaupt die ersten Anfänge gesellschaftlicher Kontrolle über die kapitalistischen ökonomischen Kräfte. Behördliche Aufsicht über die Banken wird in den Vereinigten Staaten, in Schweden und Dänemark ausgeübt. Dazu kommt, daß überall die Regierungen größeren Einfluß auf die Zentralbanken besitzen als in Deutschland. Bei der Reorganisation der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kreditorganisation handelt es sich jetzt nicht nur um eine Institution, die offensichtliche Mißbräuche verhüten, sondern vielmehr positiv eine einheitliche, volkswirtschaftlich bestimmte Kreditpolitik durchzuführen soll. Sie bleibt ohnedies an die Schranken gebunden, die die Unorganiziertheit der kapitalistischen Wirtschaft jeder gesellschaftlichen Kontrolle setzt. Sie kann aber auch einen großen Fortschritt im Interesse der Durchsetzung der allgemeinen Interessen gegen die privaten Interessen bedeuten, wenn auf ihre Führung die sozialen Kräfte immer stärkeren Einfluß ausüben können, die gegenüber den kapitalistischen Sonderinteressen die Träger einer gemeinschaftlichen Politik sind.

## Arbeitseinkommen in der Krise.

### Im ersten Halbjahr 1931 um 3 Milliarden gesunken.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Wochenbericht eine Uebersicht über die Entwicklung des Einkommens und ihren Einfluß auf die Einzelhandelsumsätze. Infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Lohn- und Gehaltskürzungen dürfte das Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten im zweiten Vierteljahr 1931 um 1,25 Milliarden Mark oder um etwa 12 Proz. niedriger gewesen sein als im zweiten Vierteljahr 1930. Der Einkommensausfall im ersten Halbjahr 1931 gegenüber 1930 wird auf etwa 3 Milliarden Mark beziffert.

Tatsächlich ist das Einkommen der Arbeiter und Angestellten noch stärker gesunken, weil inzwischen die Steuern und die Belastung zur Arbeitslosenversicherung erhöht worden sind. Da ein großer Teil dieser Beträge zur Unterstützung der Arbeitslosen verwandt wird, geben sie der Wirtschaft nicht verloren. Sie werden von den Arbeitslosen zum Einkauf von Konsumgütern verwandelt. Dabei findet allerdings eine Verschiebung der Nachfrage von den entbehrlichen (elastischer Bedarf) zu den unentbehrlichen Gütern (starrer Bedarf) statt.

Das beweist die Umsatzentwicklung im Einzelhandel, namentlich bei Lebensmitteln und Textilien. Im ersten Halbjahr 1931 sind die Lebensmittelumsätze um 8,4 Proz. gegenüber dem Vorjahr gesunken. Bei Textilien betrug der Rückgang etwa das Doppelte, nämlich 16,3 Proz. Diese Ziffern sind ermittelt nach dem Werte der Umsätze; der mengenmäßige Umsatz ist keineswegs so stark zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1931 sind nämlich die Rahrmittelpreise um fast 10 Proz., die Bekleidungspreise um mehr als 15 Proz. gesunken. Es zeigt sich also, daß die Umlahbewegung nahezu gleichmäßig mit der Preisbewegung verlaufen ist. Da, wo die Nachfrage am wenigsten eingeschränkt werden kann (also bei den Lebensmitteln), sind die Preise auch am wenigsten gesunken.

## Immer neue Bürgschaften für Banken.

Es zeigt sich, daß die öffentliche Hand überall Bürgschaften für zusammengebrochene Banken übernehmen muß, um schwere Schäden des Wirtschaftslebens zu verhüten. Nachdem der baltische Staat sich zur Übernahme einer Bürgschaft für die zusammengebrochene Darmstädter Volksbank bereit erklärt

hat, hat jetzt auch die Stadt Darmstadt die Rückbürgschaft für dieses Unternehmen übernommen. Das Fortbestehen der Darmstädter Volksbank ist damit gesichert.

Der bayerische Ministerrat prüft zur Zeit die Möglichkeit, in die Abwicklung der Verpflichtungen des Münchener Bankhauses Ruederer und Lang einzugreifen. Auch die vor mehreren Monaten zahlungsunfähig gewordene Hanjabanke Ober-Schlesien A. G. soll sich ans Reich gewandt haben, um eine Subvention in Höhe von 2 Millionen Mark zu erhalten, damit die Bank bestehen bleiben kann.

## Diesel-Motorenbau gut beschäftigt.

### Verlust-Abschluß der Motoren-Werke Mannheim.

Die Motoren-Werke Mannheim A. G. vorm. Benz Abt. Stationärer Motorenbau weist für das Geschäftsjahr 1930 einen von 0,5 auf 0,9 Mill. Mark erhöhten Verlust aus (Aktienkapital 5,4 Mill. Mark).

Der Umsatz ist im Jahre 1930 nur um etwa 15 Proz. kleiner gewesen als im Jahre 1929, muß also etwa 9,8 Mill. Mark betragen haben. Der Ausfall im Inlandgeschäft konnte zum größten Teil durch vermehrten Export ausgeglichen werden. Der eigentliche Geschäftsbetrieb hat einen Ueberschuß ergeben, der aber durch Wertminderung des Warenlagers und Sonderverluste übertrifft wurde. Das Warenlager wird mit 3,5 (im Vorjahr 4,0) Mill. Mark ausgewiesen; es sind 0,38 Mill. Mark darauf abgeschrieben worden. Außerdem hat das Unternehmen aus dem Konkurs der Gießerei J. Ruppel & M. G. H. Ludwigshafen, einen weiteren Verlust (im Vorjahr bereits 0,07 Mill.) von 0,1 Mill. Mark, aus dem Konkurs eines großen Exporthauses einen Verlust von 0,12 Mill. Mark erlitten.

Die Versorgung der Motoren-Werke mit flüssigen Mitteln ist besser geworden. Der Kassenbestand und die Bankguthaben sind von 0,4 auf 0,6 Mill. Mark gestiegen, die Forderungen von 2,5 auf 2,1 Mill. Mark zurückgegangen. Andererseits sind die Bankschulden von 1,5 auf 1,3 Mill. Mark, die sonstigen Schulden von 2,0 auf 1,4 Mill. Mark zurückgegangen. Aber die Zahlungen der Kunden sind von 0,14 auf 0,20 Mill. Mark gestiegen, ein Zeichen, daß die Beschäftigung auch im laufenden Jahre verhältnismäßig gut ist.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Mitte August wurden in Oesterreich insgesamt 196 023 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Zunahme um rund 1600 Personen.



# H. M. Kattenburg: Der Platz des Vaters

Er hatte immer Dienst an der gleichen Stelle, im Gegensatz zu seinen Kameraden, die in regelmäßigem Wechsel an andere Verkehrsbrennpunkte gestellt wurden. Für ihn gab es jedoch eine Ausnahme. Jung und energiegelik wie er war, hatte man ihn an den belebtesten Punkt der engen Innenstadt gestellt. Nach Ablauf eines besonderen Verkehrsjahres hatte er sich einem speziellen Studium des Verkehrs auf dem ziemlich engen Platz gewidmet, wo sechs Straßen einmündeten, die getrost als Hauptverkehrsadern bezeichnet werden konnten. Von morgens früh bis in den späten Abend hinein war es ein Fahren und Vahren aller möglichen Fahrzeuge mit und ohne Motor. Auch der Platz selbst, der von Geschäften und Kaffeehäusern begrenzt wurde, war der von Fußgängern am meisten aufgesuchte Punkt der Stadt.

Ueber den Verkehr auf diesem Plage hatte er an Hand selbstgefertigter Zeichnungen eine Untersuchung angestellt, die so eingehend und gewissenhaft war, daß der Polizeipräsident persönlich ihn als den einzigen anwies, der diesen Posten auszufüllen habe. Er verließ seinen Dienst in neuester Weise, als ob das Wohl und Wehe aller Derer, die über den Platz fuhren oder gingen, von ihm abhing. Dabei blieb er vollkommen beherrscht. Eine einfache Handbewegung, ein Blick seiner ruhigen, stahlblauen Augen hieß den Verkehr kommen und gehen, wie er es wollte. Noch nie war, solange er hier Dienst hatte, eine nennenswerte Störung eingetreten. Jeder kannte ihn: Chauffeurs, Kutscher, Radler und Fußgänger. Junge Polizeianwärter erhielten hier Anschauungsunterricht. Er gab theoretischen und praktischen Unterricht, und Publikum wie Verkehrsbeamte waren sich darüber einig, daß er der rechte Mann am rechten Fleck war.

In der Mitte des Platzes befand sich eine kleine Erhöhung, eine Insel, die für die Regelung des Verkehrs bestimmt war. Es war sein Stolz, jedem, der es hören wollte, erzählen zu können, daß er diese Insel selten oder nie hatte verlassen müssen. Wenn gelegentlich, was nicht zu häufig vorkam, eine Uebertretung dienstlich gemeldet werden mußte, so wühlte er den Schuldigen heran. Das Zeichen wurde angesichts des zwingenden Blickes seiner Augen und des entschlossenen Winkes seiner Hand sofort befolgt. So war er im Dienst. Keuferste Pflichterfüllung, genaueste Ausübung seines Dienstes, streng gegen sich selbst und darum auch gegen andere.

Zu Hause konnten sie mit ihm machen, was sie wollten. Zu Hause hieß er seiner jungen Frau, sollte mit seinem kleinen fünfjährigen Mädchen, dem Ebenbild ihres Vaters: die gleichen Augen, der gleiche, sei es noch kindliche Ernst. Zu Hause war er zu allem

bereit. Wenn er frei war, widmete er sich völlig seiner Frau und dem Kinde. Vor allem an Sonntagen, die ihm wegen des nervenspannenden Dienstes als freie Tage bewilligt wurden, waren Vater und Tochter ungetrennt. Dann ging er mit ihr in der Stadt spazieren, besonders über den belebten Platz, seinen Platz, der dann im Sonntagsoberlicht einen so ruhigen Eindruck machte. Und er erklärte, wie er den Verkehr regelte, und legte seiner Frau an jedem Sonntag von neuem ans Herz, niemals an Wochentagen mit dem Kinde den Platz zu überschreiten.

Dies Verbot war zu Hause das einzige „Strenge“ an ihm. Noch nie hatte sein Kind ihn im Dienst gesehen. Vater wollte es nicht haben, und dann durfte es eben nicht. Die Kleine hätte so gern einmal seiner machtvollen Regierung zugeschaut. Wenn er ihr von seiner Arbeit erzählte, dann schmolz ihr das kleine Herz vor Stolz, und mit ihren Kinderaugen sah sie den Vater als den Beherrscher eines Volkes. Schwer bekränzte sie das Verbot. Doch schwerer noch wog ihr Verlangen, doch zu sehen, den Vater zu sehen, wie er gehen und stehen sieht, wann und was er wollte. So schwer, so schwer, daß eines bösen Tages, ohne daß Mutter es bemerkte, sie aus dem Hause schlüpfte und so rasch sie trippeln konnte, nach dem Platz, Vaters Platz, lief, um König Vater spielen zu sehen. Wie sie nach dem Platz gehen mußte, wußte sie ganz genau. Wieviel Sonntage war sie nicht an Vaters Hand dort gewesen!

Da stand sie, und da sah sie den Vater, der für sie wirklich da stand wie ein König, der über alle die vielen Menschen zu gebieten hatte, die den Platz überqueren wollten. Stolz war sie, so stolz auf den Vater, daß sie seine Hand ergreifen und festhalten möchte, nicht mehr denkend an sein strenges Gebot. Bald wollte sie neben ihm stehen und all diesen Menschen zuschauen: „Seht, das ist mein Vater, und wenn er es nicht will, dann müßt ihr stehenbleiben, ihr alle!“ Und so gewaltig wurde das Verlangen, daß sie in plötzlicher Aufwallung gerade über die Straße lief, die vom Vater für den Verkehr freigegeben worden war.

Ein Knirschen von zu stark angezogenen Bremsen. Ein schwacher Schrei, gellende Menschen. Kurze Stille.

Ein kleiner harter Kinderkörper wurde an dem Verkehrshüchmann vorübergetragen. Gerade noch eben brachte er die Kraft auf, den Strom der Fahrzeuge anzuhalten. — Dann verließ er seine Insel. Weiter brandete der Verkehr, während er selbst, seinen Posten im Stiche lassend, sein totes Kind nach Hause trug. . . .

Am nächsten Tage bat er darum, des Dienstes auf seinem Platz entlassen zu werden.

(Uebersetzung aus dem Niederländischen von Harro Elshoff.)

rettete? Wo danken Sie ihm? Wo suchen Sie ihm? In Krankenzimmern, Palästen, Neubauhörungen?

Wenn Sie jetzt alle zu ihm kämen, die er rettete, wenn Sie jetzt kämen durch die Nacht in sein Haus: Direktoren in Augustmoussin, müde Frauen mit blaffen Kindern, lachende Liebespaare, Bettler, Sträflinge, Schatten über dem Meer.

Wie ruhig Tote schlief! Auf dem Tisch standen die leeren Weinschalen. Die Petroleumlampe blinzelte.

Ich war aufgestanden und ging im Zimmer leise hin und her. Manchmal blieb ich vor Klaus Tole stehen und blickte ihn an. Mit Furcht, Mitleid, Liebe und Grauen betrachtete ich ihn. „Ein zehnjähriger Lebensretter ist kein Lebensretter mehr!“ mußte ich denken, auf zehn Glücklich kommen drei Unglückliche, auf zehn Arbeitende drei Arbeitslose, auf zehn Gefunde drei Kranke. Ein zehnjähriger Lebensretter muß ein ruheloser Mensch sein.“

In diesem Augenblick erwachte Klaus Tole. Er sah mich an, als hätte er meine Gedanken erraten. Vielleicht hatte er auch von den Menschen geträumt, die er als Werkzeug des Schicksals einem zweiten Leben zurückgegeben hatte. Ich sah, wie er umständlich die Medaillen von seinem Rock nahm, in ein Kästchen legte, und alles in einem Schubschloß verschloß.

„Gute Nacht, Klaus Tole!“ sagte ich.

## Martin Richard Möblus: „Hunger!“

Durch die innere Stadt geht langsam, offenbar mit größter Anstrengung, ein älterer, ärmlich gekleideter Mann. An einer langen, dicken Stange trägt er ein doppelteiges, grell bemaltes Plakat; auf der einen Seite sieht man einen feinen Herrn vor einer reichbesetzten Tafel, wie er Gänsebraten einweirleibt, auf der anderen Seite einen Dicken, der beim Wein sitzt und jedermann fröhlich zugrinst. In den schönsten Farben ist alles gemalt, ein gebratenes Huhn, eine knusprige Gans, eine Forelle, eine Pastete, außerdem Obst und Konfekt. Der trinkende Herr lächelt gewinnend, er ladet mit einer großartigen Handbewegung ein, sich mit an den Tisch zu setzen. Das ist die Reklame eines vornehmen Restaurants.

Zufallend unterschieden von den feinen Herren ist der Träger des Plakats. Er ist alt, trumm, mager, müde und verbraucht. Sein erschöpftes, graues Gesicht hat den Ausdruck verzweifelter Resignation. Das Plakat, auf einem dicken Holzrahmen befestigt, ist viel zu schwer. Wenn der Wind gegen das Plakat angeht, wird der Alte von den beiden feinen Herren, der Gans, dem Huhn und allem anderen nach vorn gedrückt. Dennoch geht er weiter. Für vier Stunden Plakattragen soll er eine Mark erhalten. Das ist der Mühe Preis, der Lohn. Bangsam, vorsichtig ausschreitend, geht er weiter.

In einer größeren Verkehrsstraße kommt der Alte ins Gedränge. Dabei muß er mächtig aufpassen, denn der Wind legt hier mit einer Art von Wut entlang und drückt schwer auf das Plakat. Seine Kräfte werden schnell verbraucht. Außerdem sieht er fortwährend Geschäfte mit Lebensmitteln. In den Auslagen prangen Würste, Schinken, Eisbeine, nebenan liegt Schokolade, noch weiter Obst, große, gelbe Birnen, die so saftig sind. . . . Und dann kommt der Geruch von frisch gebackenem Brot. Das Wasser läuft ihm im Munde zusammen, doch er hat keinen Pfennig Geld. Er darf nicht stehen bleiben. Er hat die beiden feinen Herren, die im Restaurant sitzen, vier Stunden lang in der Stadt herumzutragen.

Ein Windstoß springt gegen das Plakat und treibt den Alten um die Ecke. Taumelnd geht er weiter. Jetzt kommt eine Gastwirtschaft, drinnen sitzen gut gekleidete Menschen lächelnd am Tisch, essen und trinken und schnozen. Es zieht den Alten immer näher an die Fensterscheiben. Er kann sich kaum noch auf den Beinen halten. Und plötzlich kommt mit einer Wolke Staub ein neuer, heftiger Windstoß, der reißt das Plakat mit dem Träger um. Er liegt auf der Straße und kann sich nicht aufrichten. Neben ihm liegen die beiden feinen Herren, lächelnd und profen. Endlich springt jemand hinzu und will helfen. Ein anderer muß auch noch zugreifen, und sie tragen ihn in einen Hausgang. Ob er sich weh getan habe, fragt ihn einer.

„Hunger“, sagte der Alte ganz leise. „Hunger. . .“

Und die beiden feinen Herren auf dem Plakat essen und trinken feierlich weiter.

## Geburt und Tod einer Insel

Nach der Sage soll ganz Sizilien im Verlauf eines gewaltigen vulkanischen Ausbruchs aus dem Meere aufgestiegen sein. Historisch beglaubigt aber ist die Tatsache, daß gerade vor hundert Jahren im Süden Siziliens, zwischen Sciacca und der Insel Pantelleria, plötzlich in einer „Sandbath der Korallen“ genannten Zone unter gewaltigen Krachen und lodernden Flammen ein Eiland aus dem Meere auftauchte. Das geschah im Juli 1831. „Der Erscheinung“, so schreibt der bekannte italienische Geologe U. Pasetti, „waren verschiedene besorgniserregende Erdschütterungen vorausgegangen, die die Bevölkerung in panischen Schrecken versetzt hatten. Eines Nachmittags, während die Fischer von Sciacca versammelt waren, da sie sich in ihren Häusern nicht mehr sicher fühlten, begann das Meer zu erzittern, zu brüllen und wild aufzuschäumen, als ob ein riesiges Ungeheuer sich anschide, aus dem Schlund der Tiefe herauszuspringen. Plötzlich spritzte eine gewaltige Wasserfäule auf, die an die 50 Meter hoch und ebenso breit war und von Wolken weißen Rauchs eingehüllt wurde. Während die furchterregende Wasserwolke zurückfiel, wurde unter Heulen, Krachen und Feuergarben vulkanische Asche bis zu 4000 Meter in die Luft geschleudert. Das ebenso schreckliche wie großartige Naturschauspiel hielt die Zuschauer, die entsetzt neben ihren Booten standen, minutenlang im Bann. Als das Feuer sich abschwächte und der dicke, beherrschende Rauch vom Wind vertrieben war, zeigte sich auf der weiten Wasserfläche der Riesentrater eines Vulkan in der charakteristischen Kegelform. Langsam, aber in beständigem Fortschreiten, das auch mit dem bloßen Auge wahrnehmbar war, hing der Vulkan aus dem Wasser und hatte am Abend schon einen Umfang von fast 5 Kilometer erreicht. In den folgenden Tagen erhoben sich, wie von einer Zauberhand geschaffen, neben dem Mittelkegel zwei Hügel, von denen der östlich gelegene eine Höhe von etwa 200 Metern erreichte.

Nachdem die Fischer sich von ihrem Schrecken erholt hatten, priesen sich diese schlachten Bewohner der Küste glücklich, einem Wunder beigewohnt zu haben. Die neugeborene Insel wurde, vermuthlich zu Ehren des Königs Ferdinand I., „Ferdinanda“ getauft. Mehr als einer der Fischer sprang ins Boot und giß zu den Rudern, um den Strand der geheimnisvollen Insel zu besichtigen. Den ersten Neugierigen folgten andere, und ihre Zahl wurde so groß, daß man schließlich daran giß, mit Hilfe der Ruder- und Segelboote eine Art Touristenverkehr einzurichten. Die Fahrten fanden aber rasch ihr Ende, als im Oktober 1831, drei Monate nach ihrem Erscheinen, die Insel Ferdinanda aufs neue von Zuckungen und Erschütterungen befallen wurde. Gleichzeitig schrumpfte ihre Höhe langsam ein. Ein paar Tage später senkte sich die Insel Ferdinanda tiefer und tiefer, bis sie in den ersten Novembertagen unter dem Aufschäumen der tosenden Wasser vollständig unter dem Wasserpiegel verschwand, wie ein Schiff, das tapfäber in die Tiefe sürzt. Ein paar Stunden nach sah man auf dem Meere eine etwa 30 Meter hohe Säule tosenden Wassers, dem ein scharfer Schwefelgeruch entströmte. Dann war alles vorbei, und dort, wo die Insel gewesen war, kräuselte sich nur noch die See.“

# Erna Büsing: Tiere / Menschen / Sommerfrische

## Der Spah im Gemeindegarten.

Er, der Herr des Hauses, kam mit Frau und Töchterchen in die Sommerfrische. Die Frau liebt die Ruhe und den Biergestuhl und nimmt nebenbei Sonnenbäder. Das Töchterchen tollt in langen und kurzen, in jeden Fall aber übermühten Sprüngen durchs Dorf. Jeder Baum, jede Blume, jedes Tier sind für das Mädchen Erlebnisse. Eigentlich ist es seiner Gewohnheit gemäß ein lebendes Fragezeichen. Aber hier fragt das Kind nicht mehr, im Dorf wird es mit jeder Sache von sich aus fertig; denn das Mädchen lebt und erlebt. Um den Mann jedoch bleibt Unruhe. Er führt Telefongespräche und empfängt Telegramme, er liest den Kurzeitel und schaltet den Lautsprecher beim Tendenzbericht der Börse ein. Er wirft nicht den Arbeitsmenschen ab, er wird nicht Ich.

Bis auf einmal sein Töchterchen fast allemlos und heulend in sein Zimmer gestürzt kommt: „Papa, Papa, komm schnell, ein junger Spah ist in den Gemeindegarten gefallen.“

Und kurz darauf steht der Herr Soundso, endlich als Privatmann, mit aufgetrempelten Hosen im Gemeindegarten und sieht vorsichtig den jungen Spah heraus.

## Der Pudel als Märtyrer.

Während des Winters ist er ein richtiger Dorfdiener, zerkauft, voller Fröhe, ein Kunitreiber und bittiger Wächter des Hauses. Zur Winterszeit ist das Seebad nämlich Dorf, regelrechtes Fischerdorf. Doch wenn der Sommer kommt, wird es Seebad. Alles ändert sich und selbst der Pudel wird, noch eben bevor die Gäste kommen und aus dem Dorfbad ein Haarkünstler geworden ist, von genanntem Herrn eigenhändig gekoren. Dann bekommt der Pudel eine Schleife ins Haar gebunden und ist nicht mehr Wachhund, sondern sitzt als Rippstür auf der für die Kurgäste angebauten Veranda des Hauses. Das beherbergt diesmal während der großen Ferien 2 Kinderkräulein und 6 Kinder, und alle fühlen sich demüht. Den Pudel zu kammern. Er wird morgens fertig gemacht, er wird mittags gekämmt und falls man nachmittags auf die Veranda geht, dann wird ihm gerade die Schleife frisch ins Haar gebunden. Und wenn er abends spazierengeht, dann geht er ganz besorgt breitbeinig, damit er die schöne Freiheit nicht in Unordnung bringt. Doch es nützt ihm nichts, morgen wird er wieder von neuem frisiert. Und der Pudel ist geduldig und läßt alles über sich ergehen als ein heldenhafter und stiller Märtyrer des Kurbetriebes.

## Die Pute und die Enten.

Die Sonne brüht, meint es übertrieben gut und Frau Pute geht mit Entenküken spazieren und weiß immer noch nicht, daß sie nichts Rechtes ausgebrüht hat. Die Sommergäste der obermühten Villa rädeln sich auf dem Balkon. Der nahe Radelholzwald ist pulvertrocken, er erinnert aufdringlich an den Staub vielbefahrener Chaussees und an die Stadt. Die Gäste meiden ihn dieserhalb. Sie wollen nichts als mit Bewußtsein kaulenzen, sie wollen faul sein und weiter nichts als faul sein. Das Behirnschmalz ist langsam verdunstet. Die Gäste sind glücklich faul. Sie brauchen nicht zu fürchten, daß sie den Alarm eines Weckers überhören oder eine Strohhöhne verfaulen. Und draußen, im Garten, geht Frau Pute mit den Entenküken spazieren. Unweigerlich streben die kleinen Enten nach einer Pflüge, doch dann löst die Pflügemama einen Warnruf aus und die Kleinen kommen artig zurück. So geht das Tag für Tag. Die Sonne brennt, die Pute geht mit den Entenküken spazieren und die Sommergäste rädeln sich und führen nur das eine aufregende Gespräch: „Ob die jungen Enten doch wohl schwimmen lernen?“

## Der Hund und die Stöckchen.

Man hatte Erbarmen mit ihm und seinen Menschen, der ihn verpflegte, darum wurde er mit in die Sommerfrische genommen, er, der große deutsche Schäferhund.

Es war die erste Sommerfrische seines Lebens. Sein Lebensschicksal war Fragen- und Stadthund zu sein. Seine Nase hatte sich an die tausend Mißhandlungen durch üble Gerüche gewöhnt, er fühlte sich nicht mehr durch Bohnerwachs und auch nicht mehr durch Benzingeruch beunruhigt. Doch nun stand er auf einmal auf dem Erden, auf richtiger Erde. Die Erde lebte für ihn. Die Erde war

ihm nicht mehr zur Stiefelmühle gewordenen Asphalt, der ihm in die schnüffelartige Nase lief. Ueber diese Erde waren Lebewesen gegangen, dank seiner Nase lebten ihre Bilder in ihm auf und er wußte von unterschiedlichen Menschen und Tieren, die vor ihm die gleichen Wege gingen. In der Stadt roch er nur Stiefel und Stiefel und die Pugmittel, mit denen sie behandelt wurden, hier aber, auf der Erde, roch er Füße und Pfoten. Der Schäferhund war selig.

Und dann kam Wasser, und herrchen nahm Stöckchen und warf sie hinein. Der Hund, der als echtes Tier gar nicht daran denken kann, daß man einer Situation vielleicht nicht gewachsen sein könnte, schwamm sofort. Ach, war das herrlich. Er wurde nicht, wie in der Stadt, in eine Wanne gesetzt und gefeilt, nein, er brauchte nicht zu hoden, er durfte hier schwimmen, sich richtig im Wasser bewegen. Er schwamm und schwamm und herrchen und Frauen suchten umfichtig Stöckchen, bis beide kreuzföhren waren. Doch der Hund war der Freude noch lange, lange nicht überdrüssig. Darum erbarnten sich ein paar andere Sommergäste seiner. Und so geht es weiter. Tag für Tag. Der Hund bettelt jeden Gast an, er möge doch Stöckchen ins Wasser werfen, doch auf den Gedanken von sich aus selbständig ins Wasser zu gehen, kommt der Hund nicht.

## H. R. Neubert:

# Rettungsmedaillen . . .

Wer im Sommer in das Stranddorf kam, versäumte nicht, Klaus Tole einen Besuch abzustatten. Klaus Tole konnte mit drei Sternen im Boedeker stehen: jedes Jahr rettet er einige Menschen vom Tode des Ertrinkens.

Kürzlich wurde Tole fünfzig Jahre alt. Da haben sie im Dorf ein Fest veranstaltet. Mit Musik und Ansprachen. Klaus Tole sah mit allen Rettungsmedaillen geschmückt, in seinem Häuschen und die Leute kamen und gratulierten ihm. Die Pensionsgäste brachten ihm Wein aus dem Keller des großen Hotels. Und wenn Klaus Tole trank und lachte, kitzelten die Medaillen auf seiner Brust.

Ich stand etwas abseits von den Menschen, die Tole gratulierten. „Bleiben Sie noch recht lange gesund“, sagten einige.

„Wieviel Menschen haben Sie denn schon gerettet?“ fragte ein kleines adliges Fräulein aus Potsdam.

Tole wußte gar nicht, wieviel Menschen er schon im Laufe der Jahre gerettet hatte. Doch die Medaillen kitzelten auf seiner Brust, als wollten sie von den Menschen erzählen, die Tole gerettet hatte. Er selber erzählte nicht gern. Mir schien auch, als wäre Tole nur noch stiller und mürrischer, wenn er die Medaillen trug.

Wir waren nachher beide allein in seiner guten Stube. Wir rauchten schwelgend und tranken den Wein aus dem Keller des großen Hotels. Vom Fenster aus konnte man auf das Meer sehen; es glänzte in der Ferne manchmal wie ein reflektierender Spiegel auf.

Ich dachte, daß der Wein Toles Junge lösen würde, ich hoffte, daß er anfangen würde, in seinen Erinnerungen zu trömen, nun die Dunkelheit kam und Tole die Petroleumlampe anzündete. Jetzt hatten die Medaillen einen eigenartigen Glanz. Nach einer Weile bemerkte ich, daß Tole in seinem Sessel eingeschlafen war. Ich betrachtete ihn ruhig, wie ich in einem Museum ein Gemälde „Schlafender Fischer“ betrachtete würde.

Sein Atem ging regelmäßig wie ein Uhrwerk und einmal schüttelte ihn, ohne daß er erwachte, ein dumpfer Husten, und dabei kitzelten die Medaillen wieder. Da mußte ich an die Menschen denken, die Tole gerettet hatte. Und ich wußte jetzt, warum Tole nicht gern erzählte, denn ich fand, daß es schwer war, und daß es eine Dunkelheit gab, wenn man an diese Menschen dachte.

„Mußt man nicht fragen: Warum habe ich gerettet? Wozu habe ich gerettet? Wen habe ich gerettet? Einen Menschen? Was ist das, ein Mensch? Etwas Bestimmtes? Nein, etwas sehr Unbestimmtes, Ungewisses. Es können Glückliche sein und Unglückliche, Gute und Schlechte, Lebenswillige und Lebensmüde. Vielleicht sind sie später anders und schlummer untergegangen. Aber Tole hat zugegriffen, ohne das alles zu wissen. Und wo leben sie jetzt, die er



# Internationaler Arbeitsplan.

Albert Thomas legt sein Programm vor.

Genf, 27. August (Eigenbericht.)

Die Einzelheiten des Programms internationaler öffentlicher Arbeiten, die der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, in Übereinstimmung mit den europäischen Regierungen zur Wifderung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet hat, sind am Donnerstag der Öffentlichkeit übergeben worden. Sie enthalten genaue Aufstellungen für jedes Land.

In bezug auf Deutschland wird vorgeschlagen: Bau von Straßen, Entwicklung der Erzeugung und Verteilung elektrischer Kraft und Boden-Amelioration sowie Hochwasserbeschau. Diese Arbeiten erfordern einen Kredit von etwa 100 Millionen Mark und würden 4 bis 5 Millionen Arbeitstage schaffen. In bezug auf

Österreich wird vor allem die Frage der internationalen Finanzierung und der Hilfe der Europa-Kommission aufgeworfen. Es soll für etwa 100 Millionen Schilling ein internationales Durchgangstraßennetz erhalten. Daneben ist die Kanalisation der Donau für Großkraftschiffahrt vorgesehen mit einem Aufwand von 620 Millionen Schilling, deren Ausbringung auf zehn Jahre verteilt werden könnte. Während dieser Zeit würden 10 000 Arbeiter dauernde Beschäftigung finden. Endlich ist die Errichtung eines europäischen Hochspannungsnetzes für etwa 350 Millionen Schilling ins Auge gefaßt, das 10 000 Arbeiter auf sechs Jahre beschäftigen könnte.

Arbeitspläne sind weiter aufgestellt für Belgien, Bulgarien, Spanien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und die Türkei. Während der Europa-Tagung im September sollen sich die Regierungen darüber ausprechen.

## Lohnabbau oben?

Die Pflicht der Reichsregierung zur Entschlossenheit.

Die Reichsregierung hat vor einigen Tagen bekanntgeben lassen, daß sie sich mit der Absicht trage, die überhöhten Gehälter zu beschneiden, soweit sie selbst einen direkten Einfluß auf die Gestaltung dieser Gehälter habe. Auch bei den Banken, die mit Reichsgeldern gefügt würden, werde eine einschneidende Herabsetzung der Direktorengehälter durchgeführt werden. Was jedoch die Gehälter in der Privatindustrie anbetreffe, so sei eine Beschneidung wenig zweckmäßig, da die Privatindustrie auch einer Begünstigung der hohen Bezüge durch Umgehung ausweichen könne.

Wir verstehen nicht, die, wie uns scheint, will, allzu große Kengstlichkeit der Reichsregierung, sobald es sich um Jahreseinkommen handelt, die in die Hunderttausende pro Kopf gehen und die ihresgleichen selbst in Amerika suchen.

Man wende nicht ein, daß es sich bei diesen Einkommen um eine geringe Anzahl von Personen handelt, und das Totalergebnis einer Reduzierung dieser Rammutgehälter volkswirtschaftlich nicht entscheidend sei. Es ist natürlich nicht möglich, auch nur annähernd den Betrag zu schätzen, der volkswirtschaftlich verschwendet wird durch die Festsetzung von Bezügen, die in keiner Weise zu rechtfertigen sind. Wie sehr aber solche Bezüge

wirtschaftlich die schwersten Schädigungen

nach sich ziehen, dafür nur einige Beispiele. Vor etwa einem Jahre brach eine bekannte Berliner Großhandelsfirma der Textilbranche zusammen. Der eine der beiden Firmeninhaber betätigte sich als Kunstsammler, d. h. er kaufte bei Auktionen und sonstigen Gelegenheiten zu Viehhäberpreisen alte Gemälde und sonstige Kunstgegenstände auf. Um das Geschäft selbst kümmerte er sich überhaupt nicht. Der andere Geschäftsinhaber hatte andere Viehhäberereien. Seine „Freundinnen“ wurden in gutbezahlten Stellungen im Geschäft untergebracht. Die Firma selbst wurde geleitet von einem Direktor, der

ein festes Jahresgehalt von 250 000 Mark bezog und außerdem Tausenden vom Umsatz.

so daß sich seine Einnahmen auch dann steigerten, wenn die Firma mit Verlust arbeitete. Nach dem Zusammenbruch der Firma wurde dieser Direktor mit 275 000 Mark abgefunden. Die Firma wurde dann durch eine Großbank saniert. Es wurde eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Mark gegründet. Die Bezüge des leitenden Personals wurden von vorn herein mit 500 000 Mark festgelegt. 10 Proz. des Kapitals müssen also zunächst verwendet werden, nur um die Bezüge der Direktoren und Prokuristen zu decken. Selbstverständlich hat man, um zu „sparen“, die Bezüge des übrigen Personals herabgesetzt, und z. B. die Löhne der Hausdiener um 2 Mark die Woche gekürzt.

Wir wollen hier gar nicht von sozialer Gerechtigkeit reden, sondern nur aufzeigen, daß eine derartige Verschwendung auf der einen und Verknappung auf der anderen Seite, rein wirtschaftlich gesehen, ins Verderben führen muß.

Wir erinnern an die wohnsinnige Verschwendung der Gebrüder Lehmann, die mit den Millionen nur so um sich warfen, wenn es sich um die Befriedigung ihrer Launen handelte, aber

gleichzeitig die Politik der Hungerlöhne

betrieben. Um die an sich sehr targ bemessenen Tariflöhne nicht zahlen zu müssen, wurde die Belegschaft in den Streik getrieben. Der Nordwolle-Konzern führte kostspielige Prozesse gegen die Gewerkschaft, die er schließlich in letzter Instanz verlor. Man zog Streikbrecher heran, gründete einen gelben Verein und schloß mit diesem einen sogenannten Tarifvertrag. Diese Lohnpolitik hat den Nordwolle-Konzern vielleicht mehr Geld gekostet, als sie in Jahren an Lohnkürzungen einbrachte.

Wirtschaftlich ist eine derartige Lohnpolitik direkter Selbstmord.

Wir erinnern schließlich an die Vorgänge bei der Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft. Das Ziel dieser Fusion war angeblich die Rationalisierung, die ja von den Unternehmern in Deutschland in ihr Gegenteil verkehrt worden ist. Diese „Rationalisierung“ bestand darin, daß man einige tausend schlechthabende Bankangestellte entließ, dagegen an dem an sich schon übersehten und überalterten Direktorium der beiden Banken nicht rührte. Als die Vertreter des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten in der Generalversammlung, die die Fusion beschloß, anführten, daß Entlassungen nicht notwendig wären, wenn man die Bezüge der Direktoren auf 120 000 Mark pro Kopf und Jahr beschränken würde,

weil die Summen, die da eingespart werden könnten, völlig ausreichen, um den zu entlassenden Angestellten ihre bisherigen Gehälter weiterzuzahlen, wurden sie mit einem höhnischen Achselzucken abgefertigt.

120 000 Mark im Jahr erschien den Direktoren der Debi-Bank ein lächerliches Taschengeld.

Die Herren Direktoren behielten ihre Pfründen und das Reich und die Wohlfahrtsämter der Gemeinden wurden mit der Unterstützung von mehreren tausend Angestellten belastet.

Diese Beispiele, die wir hier anführen, sind keineswegs, wie mancher annehmen könnte, besonders trasse Ausnahmefälle. In der Großindustrie, im Großhandel und in den Banken sind sie die Regel. Wenn das Reich bei den Einkommen von über 100 000 Mark die Steigerung der Einkommensteuer fortführen würde, dann würden es sich die Aufsichtsräte der Gesellschaften wohl zweimal überlegen, ob sie Gehälter und Tantiemen zahlen sollen, die nominell mehrere hunderttausend Mark ausmachen, wopon aber dem Reich der Löwenanteil zufallen würde.

Das Reich hat bisher die Löhne und Gehälter rücksichtslos abgebaut.

sowohl in der Privatindustrie, wie im Reich, den Staaten und in den Gemeinden. Es sieht nicht danach aus, als ob man mit dieser wirtschaftsfeindlichen Politik Schluss machen will. Die Einkürpung des Wirtschaftsprozesses und die katastrophale Steigerung der Arbeitslosigkeit und damit der öffentlichen Ausgaben sind die Folgen dieser Politik.

Wenn man gleichzeitig aber sich nicht an die Rammutgehälter, an die skandalösen Bezüge der Direktoren heranwagt, so fördert man damit nicht nur die Unwirtschaftlichkeit, sondern wahrscheinlich auch die Kapitalflucht. Wenn man den Mut aufbringt, durch Notverordnungen das Tarifrecht zu beseitigen und die Rechte der Beamten mit einem Federstrich aufzuheben, dann hat man nicht das Recht, vor einem Zugriff auf die Rammutgehälter Angst zu haben.

## Verschwendung oben.

Lohnabbau unten.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat noch im letzten Geschäftsjahre neben Abschreibungen von 89,3 Mill. Mk. 10 Proz. Dividende und für jedes Mitglied des Aufsichtsrats, der aus 109 Mitgliedern besteht, 14 900 Mk. gezahlt. Dazu kommt noch für ein Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld von 500 Mk. bei freier Verdienstung. Der Reingewinn betrug 182,15 Mill. Mk. Bei den Werken sind die Abschlässe der letzten Jahre ebenfalls sehr günstig gewesen.

Trotzdem hat der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke das Lohnabkommen mit den Gewerkschaften zwecks Lohnsenkung zum 31. August gekündigt. Bereits im Februar d. J. ist der Lohn der Arbeiter in diesen Werken um 0,5 Mk. gesenkt worden. An die Senkung der Dividenden und Tantiemen denken die Herren vom Arbeitgeberverband nicht. Das nennt sich Wirtschaftsführung.

## „Gewerkschaftsbonzen“.

Man findet sie jedoch in Sowjetrußland.

Die schimpfliche Anpöbelung der Gewerkschaftsführer und der gewählten Vertrauensleute der Arbeiter durch die kommunistische Presse erklärt sich vielleicht aus der „russischen“ Geistesverfassung der kommunistischen Redakteure. Im Leitartikel vom 16. August des „Trud“, des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften, heißt es:

„Bis jetzt hat eine Reihe von Gewerkschaftsorganisationen die politische Bedeutung noch nicht erfasst, die dem Kampf um die folgerichtige Hebung der materiellen und Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse unter dem Gesichtswinkel der Erfolge des sozialistischen Aufbaues im gegenwärtigen Stadium zukommt. Gerade diese Verständnislosigkeit liegt jener für viele Gewerkschaftsorganisationen charakteristischen Erscheinung zugrunde, daß sie an zahlreichen skandalösen Vorfällen auf dem Gebiete der Versorgung der Arbeiter, der Tätigkeit der Genossenschaften, der Kantinen und Wirtschaften

vorbegehen, das heißt an Vorfällen vorbeigehen, die auf den heroischen Kampf der Arbeitermassen um die Durchführung des Industrialisierungsplanes eine verhängnisvolle Wirkung ausüben.“

Bezeichnend ist dabei allerdings, daß auch das Gewerkschaftsleit die „skandalösen Vorfälle“ der Mißachtung der Lebensinteressen der Arbeiter nur deswegen verurteilt, weil sie die Durchführung des Industrialisierungsplanes negativ beeinflussen könnten. Bei einer solchen Einstellung ist es nicht verwunderlich, daß die Gewerkschaftsfunktionäre nur nach dem Namen nach Gewerkschafter sind, in Wirklichkeit aber ganz andere Funktionen im wirtschaftlichen Kampf ausüben. Man lese z. B., was der „Trud“-Berichterstatter in der Ausgabe vom 15. August aus den Stalingrader Traktorenwerken berichtet:

„Die Gewerkschaftsfunktionäre der Stalingrader Traktorenwerke haben jeden Sinn für die Räte der Arbeitermassen verloren, und sich ein Verluft des Einführungsvermögens ist der Anfang der Entartung. Für die Gewerkschaftsfunktionäre galt es als schlechter Ton oder vielleicht als Opportunismus, für die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter zu sorgen. Die Gewerkschaftsorgane im Traktorenwerk sind zum schlimmsten Anhängel der Wirtschaftorgane geworden, haben als Gewerkschaften ihr Gesicht verloren.“

Oben erst hat der Zentralrat der Gewerkschaften die ganze Führergarnitur der Gewerkschaftsorganisationen von Rischni-Komgorod gemahregelt, weil unter ihrer Obhut die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu einem Herd der Korruption und Mißwirtschaft geworden sei. Bei dieser Gelegenheit stellt die Gewerkschaftszentrale fest, daß Mißstände, wie sie in Rischni-Komgorod zutage gefördert worden sind, für das ganze Land „mehr oder minder charakteristisch“ seien („Trud“ vom 15. August).

## Bescheidenheit ist eine Zier.

Die Agrarier verzichten auf sie.

Die Landbändler haben schon manche tolle Forderung gestellt. Das Tollste hat sich jedoch die Bezirksgruppenversammlung des Landbundes Borna in Sachsen geleistet. Sie nahm eine an die Adresse des Sächsischen Landbundes gerichtete Entschlieung an, in der es wörtlich heißt:

„Wir verlangen, daß die Erntefinanzierung nicht durch Kredite, sondern durch Stellung von billigen Entlohnungen erreicht wird. Wir verlangen die Einführung einer Erntedienstpflicht für Arbeitslose.“ Für den Fall, daß die Leitung des Sächsischen Landbundes nicht für die Forderung eintritt, droht die Bezirksgruppenversammlung mit einem Mißtrauensvotum. Es fehlt nur noch, daß die geforderte Abschaffung aller Lohnzahlungen in der Landwirtschaft gefordert wird. Bescheidenheit ist eine Zier, auf die die Agrarier schon immer verzichtet haben.

## Das böse Beispiel.

Darf es vom Reich gegeben werden?

Das Reichsverkehrsministerium hat den Manteltarif und den Lohnvertrag für die Wasserbauarbeiter unter Hinweis auf die Notverordnung gekündigt. Auch die Kündigung des Manteltarifs erfolgt ausdrücklich unter Berufung auf die finanzielle Lage des Reiches. Für die Wasserbauarbeiter Preußens haben die zuständigen Ressorts, soweit wir unterrichtet sind, die Tarifverträge noch nicht gekündigt.

Sind die Kündigungen wirklich notwendig? Können die angeblich infolge der Notverordnung unermesslichen Änderungen nicht auch ohne Kündigung durch Verhandlungen mit den Organisationen in erträglicher Form vorgenommen werden? Muß die Öffentlichkeit immer von neuem in Unruhe gestürzt werden? Die Zunahme der Arbeitslosigkeit fördert wohl bereits zur Genüge die Beunruhigung. Das müßte auch den maßgebenden Stellen bekannt sein.

## Es wird weitergelogen.

Arbeiterkorrespondent requiriert die „Massen“.

Aus dem Siemenskonzern wird uns geschrieben: Kaum wieder zu neuem Leben erwacht, geht der Schwindel in der „Roten Fahne“ von neuem los. Am 25. August berichtet sie, daß die Kollegen des Siemens-Bernerwerks R. das Wiedererscheinen der „Roten Fahne“ freudig begrüßen.

Soviel Worte, soviel Schwindel. Im ganzen Bernerwerk R. sieht man in den Pausen keinen einzigen Kollegen, der die „Roten Fahne“ liest, noch viel weniger für sie Propaganda macht. Nicht einmal der kommunistische Zellenhauptide, „Herr Thomas Czoch“, liest im Werk die „Rote Fahne“. Im Gegenteil, die Belegschaft rückt weit von den Kommunisten ab. Das beweisen die Versammlungen, die von den Kommunisten einberufen werden. Außer dem Referenten erscheinen höchstens ein paar Spanbauer Arbeitslose zur Deckung. Von der Belegschaft selbst ist in diesen Versammlungen nichts zu sehen. Die Verbrüderung der RPD. mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse am 9. August hat auf viele Werksabteilungen so ernüchternd gewirkt, daß es bei ihnen mit der Begeisterung für Rostau endgültig vorbei ist.

## Hoch klingt das Lied vom braven Unternehmer Der RPD-Mann vor Gericht.

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat die von der deutschen Luft-Hansa gegen den Arbeiterratsvorsitzenden Hagerich ausgesprochene fristlose Entlassung als zu Recht bestehend anerkannt. Der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende Hagerich ist von der Deutschen Luft-Hansa entlassen worden, weil er unter anderem einen Kollegen zu einer Unterstützung von 75 Mark aus der Wohlfahrtskasse der Firma verholfen und dieses Geld dann zum Ankauf einer Schreibmaschine für die Betriebszelle der RPD. verwendet haben soll. Die Verhandlung hat wieder einmal mit großer Deutlichkeit

4 Stück 10 Pf.

kostet die neue Enver Bey  
DICK, RUND MAGNET 07/MUNDST.  
die trotz Billigkeit jeden anspruchs-  
vollen Raucher befriedigen wird!



